

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Dienstag, 12. Dezember 1967

Blatt 3555

Aufnahmsprüfungen in die allgemeinbildenden höheren Schulen =====

12. Dezember (RK) Der Stadtschulrat für Wien gibt bekannt, daß die Anmeldung für ~~die Aufnahmeprüfung~~ in die ersten Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen (früher Mittelschulen) in der Zeit vom 8. Jänner bis 13. Februar 1968 (Montag bis Samstag, 9 bis 12 Uhr) vorgenommen werden können.

Die Eltern jener Kinder, die vom nächsten Schuljahr eine allgemeinbildende höhere Schule besuchen sollen, werden eingeladen, sich in der angegebenen Zeit in der Kanzlei der von ihnen gewählten Schule zur Anmeldung einzufinden.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Das Personal der Stadt Wien
=====

12. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Hans Bock (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Bei der gestrigen Generaldebatte hat es sich bereits gezeigt, daß die Personalprobleme, so wichtig sie uns auch stets sind, gegenwärtig nicht die Hauptprobleme der Wiener Kommunalverwaltung im allgemeinen und für das Budget 1968 bilden - wie sich dies zum Beispiel beim Bundesbudget erwiesen hat. Wien hat jedenfalls nicht die Absicht, im Falle von Mindereinnahmen etwa auf Kosten der Bediensteten durch ein Beamtenopfer das Budget auszugleichen. Was aber die so vielzitierte Verwaltungsreform anbelangt, darf diese keine einmalige, in sich abgeschlossene Angelegenheit sein, sondern sie muß sich, wie seit eh und je bei der Stadt Wien, als eine ständige Einrichtung bewähren. Eine periodische Überprüfung, die verschiedene Entwicklungen und Veränderungen, technische Fortschritte und Abweichungen, Neuerungen und Verzögerungen und vieles mehr zu berücksichtigen hat, ermöglicht eine richtig praktizierte Personalplanung und verhindert, daß Reform zu einem Formalgebilde erstarrt. Wir bekennen uns zur Forderung, daß eine Verwaltung sparsam und wirtschaftlich zu führen ist und nur so ist es zu erklären, daß wir auch alle neuen und erweiterten Aufgaben, die uns aufgetragen wurden, in der Praxis mit einem nahezu gleichbleibenden Personalstand bewältigen konnten.

In den letzten Jahren allerdings hatte uns die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu Maßnahmen gezwungen, um den Dienst bei der Gemeinde Wien entsprechend aufzuwerten und so auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu werden,

Den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung ist zu entnehmen, daß die nicht übermäßige Reaktion des Arbeitsmarktes auf die Konjunkturdämpfung nur zum Teil damit erklärt werden kann, daß die Arbeitsgeber vorerst

zögerten, überschüssige Arbeitskräfte abzubauen und ihren Personalstand nur allmählich durch Aufnahmesperren zu verringern. Besonders die Industrie, die die Konjunkturschwäche am meisten zu spüren bekommt, hat den Stand an Arbeitskräften ziemlich reduziert. Sie beschäftigte Ende Juli 1967 um 22.400 oder 3,7 Prozent weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr, wobei sich die rückläufige Tendenz in letzter Zeit eher verstärkte. Die Zahl der unselbständigen Beschäftigten lag vom April bis Juli um 32.000 bis 43.000 unter dem Vorjahresstand: einerseits da mit der Einführung des 9. Schuljahres ein Jahrgang Jugendlicher ausfiel, andererseits weil sich infolge der ungünstigen Altersstruktur die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter verminderte.

Personalknappheit überwunden

Die Arbeitslosigkeit steigt auch weiterhin stärker als saisonüblich an und das Stellenangebot geht weiter zurück. Ende Oktober dieses Jahres gab es mit 52.144 um 6.165 mehr Arbeitssuchende als zur gleichen Zeit des Jahres 1966. Die Zahl der offenen Stellen mit 26.397 war um 19.989 geringer als Ende Oktober des Vorjahres. Die Beschäftigtenzahl verminderte sich um 9.332 auf 2.396.124. Auch in Wien ging die Zahl an offenen Stellen weiter zurück. Mitte November betrug sie 10.599, als Arbeitssuchende waren 14.347 vorgemerkt.

Da vor allem im öffentlichen Dienst und so auch bei der Stadt Wien, seit Jahren ein ungedeckter Personalbedarf bestand, konnten Arbeitskräfte, die aus der Industrie oder anderen Zweigen mit Konjunktur- oder Strukturschwächen entlassen wurden oder mehr Sicherheit suchten, in der Verwaltung und den Unternehmungen einen Ersatzarbeitsplatz finden. Das Arbeitspotential im eigenen Personalkörper ist bei zunehmenden Aufgaben trotz gesteigerter Nachfrage noch immer knapp und ich bin deshalb nicht vermessen, zu behaupten, daß wir die Personalknappheit bereits zur Gänze überwunden haben. Allmählich zeichnet sich aber auch bei den sogenannten Mangelberufen eine gewisse Sättigung des Bedarfs ab. Doch der Personalmangel in einigen Dienstzweigen bringt trotz der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, deren Zahl derzeit bei zirka 1.000 liegt, der Ausbildung von Lehrlingen und so fort, noch immer Probleme und Schwierigkeiten mit sich.

Die Verwaltung ist sich der Notwendigkeit bewußt, durch Rationalisierung und Technisierung zu vereinfachen und zu beschleunigen, um so den Personalbedarf nach Möglichkeit zu verringern. Diese Aufgabe, kann ihrer Natur nach jedoch nicht im Schnellverfahren erledigt werden.

Produktion und Verwaltung sind nicht dasselbe. Die Produktivität der Büroarbeit ist nur selten exakt meßbar. Da sich außerdem die Verwaltung immer stärker auf die Erbringung von Dienstleistungen hin entwickelt, sind einer Entlastung durch technische Mittel von vornherein Grenzen gesetzt. Die Tätigkeit einer Krankenschwester, eines Erziehers, kann nur in sehr beschränktem Rahmen rationalisiert, technisiert werden und so ergibt sich aus den verschiedensten Gründen, daß an die Rationalisierungsbestrebungen der Verwaltung andere Maßstäbe angelegt werden müssen.

Keine Automation um jeden Preis

Äußerst wichtig wird es für uns, sich der elektronischen Datenverarbeitung zu bedienen. Für die Anschaffung derartiger Anlagen gelten selbstverständlich die gleichen wirtschaftlichen Grundsätze wie für die Anschaffung anderer Maschinen. Es gibt keine Automation um jeden Preis. Wenn die Automation in den kommunalen Verwaltungen nur stufenweise aufgebaut werden kann, spielen bei der Planung der elektronischen Datenverarbeitung vor allem wirtschaftliche Überlegungen eine bedeutende Rolle. Ein bei der Planung angestellter Verfahrensvergleich ergibt in der Regel, daß die Automation der Verwaltungsaufgaben vorteilhafter ist, als ein Verfahren mit anderen organisatorischen Mitteln. Trotz allem Drängens in die Zukunft darf aber nicht der Fehlschuß entstehen, daß die elektronische Datenverarbeitung - die überdies einer permanenten Kontrolle bedarf, um nicht zu einem totalen Perfektionismus zu führen, - die Überlastung der Verwaltung rasch beseitigt und zugleich viele Bedienstete und Geld in kurzer Zeit einsparen könne.

Wir sind keineswegs unbeweglich, um uns mit modernen Rationalisierungs- und Vereinfachungsmethoden befreundet zu können.

Allein im Bereich des Magistrats mit Ausnahme der Unternehmungen werden bereits 41.073 Bezüge elektronisch verrechnet, davon entfallen 15.145 auf Beamte des Magistrats, 17.538 auf Pensionisten, 3.707 auf aktive und 4.683 auf pensionierte Landeslehrer. Die Anzahl der Überweisungen auf Girokonten beträgt mit Stand Oktober dieses Jahres 41.604. Aber auch die gemeinsam von der Magistratsdirektion, Bauamtsdirektion, Finanzverwaltung und Generaldirektion getragenen Vorarbeiten zur Anwendung der modernen Datenverarbeitung auf dem Sektor des Bauwesens sind sehr weit gediehen und werden bald zu einer Erleichterung und Verbesserung der Koordination, der Budgetkontrolle und der längerfristigen Vorschau beitragen. Auf dem Gebiete der Netzplantechnik ist Wien auf dem kommunalen Sektor führend und unsere Fachleute werden als Pioniere dieses Fachgebietes nicht nur im Inland, sondern auch im Auslande immer wieder als Lehrer und Ratgeber herangezogen. Auch bei den Stadtwerken wird auf dem Sektor der Datenverarbeitung ständig und in vorbildlicher Weise weitergearbeitet und ausgebaut.

Neuerungen der Pensionsordnung

Ich habe in meiner Rede vom Dezember 1965 bereits darauf hingewiesen, daß man verstärkt darangehen müßte, einer Aufwertung des öffentlichen Dienstes näherzutreten. Gestatten Sie mir nun, in Schlagworten auf die hervorstechendsten Verbesserungen auf dem Gebiet des Personalrechtes hinzuweisen. Es handelt sich dabei um Bestimmungen der Dienst- und Besoldungsordnung, wonach der sogenannte Überstellungsverlust bei Überstellung in eine höhere Verwendungsgruppe vermindert wurde, sowie die Studienzeiten für die Vorrückung angerechnet werden. Weiters wären die Verbesserungen des Urlaubsrechtes anzuführen. Das für die Unterstellung unter die Dienstordnung, also für die Pragmatisierung bisher geforderte Höchstaufnahmearter von 35 Jahren wurde auf 40 Jahre hinaufgesetzt. Das Pensionsrecht war bisher in der Dienstordnung und in der Besoldungsordnung geregelt und wurde nunmehr mit zahlreichen Verbesserungen in einem einheitlichen Gesetz zusammengefaßt. Die wichtigsten Neuerungen der Pensionsordnung sind unter anderem:

Bisher gebührte für die ersten zehn Jahre ein Ruhegenuß im Ausmaß von vierzig Prozent der Ruhegenußbemessungsgrundlage.

./.

Dieser Prozentsatz wurde auf fünfzig Prozent erhöht. Eine Hinzurechnung von zehn Jahren bei Ermittlung der Pensionsprozente erfolgt nicht nur bei Blindheit und Geisteskrankheit, sondern auch, wenn der Beamte infolge anderer schwerer Krankheit zu einem zumutbaren Erwerb unfähig geworden ist. Die Voraussetzungen für den Anspruch auf einen Witwenversorgungsgenuß wurden weitgehend gelockert. Der Kreis derjenigen, denen ein Waisenversorgungsgenuß gebührt, wurde wesentlich erweitert.

Nicht unerwähnt sollen die verbesserten Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes, sowie vor allem die Neuregelung der Gehaltsansätze im Schema I bleiben. Dies geschah unter anderem in der Weise, daß neben einer stärkeren Anhebung der Gehaltsansätze als im Schema II, auch eine neunzehnte Gehaltsstufe geschaffen wurde.

In einer Vorschau für den personellen Sektor möchte ich an die Spitze die Neuordnung der Besoldung der öffentlichen Bediensteten stellen. Die Bundesregierung hat mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vorläufig ein Ergebnis erzielt, das sich von den vorherigen Vereinbarungen nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Art unterscheidet. Es könnte der Beginn sein, die Besoldung im öffentlichen Dienst auf längere Sicht zu planen.

Das Verhandlungsergebnis sieht ein etappenweises Anheben der Bezüge in vier Abschnitten vor. Wie aus der Vereinbarung zu entnehmen ist, soll die erste Etappe mit dem 1. Oktober 1968, die zweite Etappe mit dem 1. September 1969, die dritte Etappe mit dem 1. August 1970 und die vierte Etappe mit dem 1. Juli 1971 wirksam werden.

Wertsicherung der Bezugserhöhungen

Das Besondere an der Vereinbarung ist die Wertsicherung der Bezugserhöhungen. Erst durch die Wertsicherung erscheint den Beamten die Garantie gegeben, daß im Rahmen der Bezugsregelung die Gehälter bis zum Jahre 1971 eine echte Erhöhung um durchschnittlich 16 Prozent erfahren werden. Es ist verständlich, daß die Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung der Wertsicherung ihre Zustimmung für die langfristige Regelung gaben.

Die Kosten, die der Stadt Wien aus dieser Vereinbarung entstehen, belaufen sich auf zirka 500 Millionen Schilling beim Magistrat und zirka 275 Millionen Schilling bei den Unternehmungen, also insgesamt auf 775 Millionen Schilling.

Im Interesse der Einheitlichkeit der Besoldung der öffentlichen Bediensteten erscheint es angezeigt, daß sich die Stadt Wien diesem Verhandlungsergebnis anschließt. Allerdings muß zugegeben werden, daß mit der Erstellung des Schemas für die Beamten der allgemeinen Verwaltung noch nicht alle Probleme der Neuordnung des Besoldungssystems gelöst sind. Abgesehen davon, daß noch die Schemata für die Beamten in handwerklicher Verwendung, für Lehrer, Richter und andere Bedienstetengruppen erstellt werden müssen, ergeben sich zum Entwurf des neuen Gehaltschemas noch einige Zweifelsfragen. Im Rahmen der Stadt Wien wird es vor allem Schwierigkeiten bereiten, das Verhandlungsergebnis auf das Schema I, dessen Aufbau auf höhere Anfangsbezüge und geringere Endbezüge basiert, umzulegen. In diesem grundverschiedenen Aufbau liegt die Problematik.

Obwohl jede Gehaltserhöhung auch für die Finanzsituation der Stadt Wien eine Belastung bedeutet, hat die Wiener Gemeindeverwaltung, sooft die öffentlichen Bediensteten mit der Regierung ein Übereinkommen abgeschlossen haben, sich dieser Verpflichtung nie entzogen. Wir haben immer Wege gefunden und werden sie auch diesmal finden ohne dabei eine kritische Budgetsituation herbeizuführen, obwohl die Bundesregierung von der getroffenen Vereinbarung bereits wieder abrücken wollte. Sogar die Presse sprach diesmal von einem Vertragsbruch der Regierung, da diese ohne den Vertragspartner auch nur zu fragen, einfach eine Etappe der Ende Juni dieses Jahres ausgehandelten Gehaltserhöhung für die Beamten um einen Monat verschieben wollte. Dieses Vorhaben ist inzwischen gescheitert. Für uns ist es immer die selbstverständliche Verpflichtung, für unsere Bediensteten die entsprechende Vorsorge zu treffen, da arbeitsfreudige, in ihrer Existenz gesicherte Bedienstete ein klagloses Funktionieren des Verwaltungsapparates eher gewährleisten als solche, die in Sorge um ihre Zukunft das Interesse an dem Arbeitserfolg verloren haben.

./.

Irreale Sofortlösungen

Gestatten Sie mir noch einige Worte über die beabsichtigten Sparmaßnahmen des Bundes im Zuge einer Verwaltungsreform. Da die Gewerkschaften das sogenannte Beamtenopfer, wie erhöhten Pensionsbeitrag, Verschiebung der Gehaltsregelung energisch zurückgewiesen haben, versucht der Finanzminister eine Budgetlücke von 320 Millionen Schilling durch Personaleinsparungen oder besser gesagt, durch "Verminderung des Personalaufwandes" zu schließen. Der Spielraum für diese Patentlösung ist meiner Meinung nach aus praktischen Gründen begrenzt, und selbst mögliche Maßnahmen erfordern in der Vorbereitung und in der Durchführung Zeit. Reale Ziele können in erster Linie nur die Beschränkung weiterer Personalvermehrung, Ermittlung der Personalkosten bei Investitionen, bessere Auslastung des Personals durch Rationalisierung senn. Sofortlösungen, die auf eine fühlbare Personalverminderung zielen, sind unreal oder nur ein Spiel mit Zahlen. Es wäre aber auch verfehlt, in der gegenwärtigen Situation mit der Begründung darauf zu verzichten, daß die Rationalisierung zu viel Arbeit bereite und deshalb nicht vorgenommen und ausgebaut werden könne, weil dafür zusätzliches Personal gebraucht werde. Der Verzicht auf erforderliche Dienstposten aus der Überlegung, mit gutem Beispiel vorangehen zu müssen, erweist sich bei genauer Überlegung als unwirtschaftlich. Statt dessen müßten Überlegungen zur laufenden Anpassung an die ständigen Veränderungen der Aufgabenlage und Arbeitsbelastung angestellt werden und vielleicht einmal doch auch daran gedacht werden, sich mit jenen Forderungen der Bundesländer zu befassen, die darauf abzielen, die Doppelgleisigkeiten zu beseitigen und damit sinnvolle Einsparungen zu bringen.

Ein weiteres wichtiges Ereignis auf personellem Gebiet ist die Verabschiedung des Gesetzes über die Ruhe- und Versorgungsgenußzulage der Beamten der Bundeshauptstadt Wien, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen durch den Wiener Landtag. Das Gesetz, das übrigens in den Grundsätzen zusammen mit dem Österreichischen Städtebund entworfen und auch mit den Vertretern des Bundes und der Länder beraten wurde, harret noch hinsichtlich der Kundmachung und des Wirksamwerdens der Zustimmung der Bundesregierung.

Hiezu wäre herauszustreichen, daß es sich um eine Pionierarbeit großer Bedeutung handelt und daß Wien als erste Gebietskörperschaft der berechtigten Forderung, Nebengebühren auch im öffentlichen Dienst für den Ruhegenuß anzurechnen, entsprochen hat und alles daransetzen wird, die Bestimmungen dieses Gesetzes zu verwirklichen.

Eigene Unfallfürsorge der Stadt Wien

Hinsichtlich der Unfallfürsorge für die pragmatisierten Bediensteten der Stadt Wien war bisher keine gesetzliche Unfallversorgung vorgesehen. Obwohl einige dienstrechtliche Vorschriften - so vor allem das Dienstrecht der Beamten der Bundeshauptstadt Wien - bei Dienstunfall und Vorliegen einer Berufskrankheit gewisse Begünstigungen für Beamte vorsahen, so waren doch diese Bestimmungen im Vergleich zu den im allgemeinen Sozialversicherungsgesetz normierten unzureichend. Der Nationalrat hat am 31. Mai 1967 das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung öffentlich Bediensteter, das Beamten- Kranken- und Unfallversicherungsgesetz beschlossen, dessen Bestimmungen mit 1. Juli 1967 in Kraft gesetzt worden sind. In dem erwähnten Gesetz ist auch vorgesehen, daß die die Unfallversicherung betreffenden Bestimmungen für Dienstnehmer eines Bundeslandes und anderer Gebietskörperschaften nur dann wirksam werden, wenn für diese Bediensteten am 31. Dezember 1969 keine landesgesetzliche Regelung besteht, die rückwirkend auf den 1. Juli 1967 Anspruch auf Leistungen bei einem Dienstunfall oder einer Berufskrankheit gewährleistet. Die Stadt Wien wird von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und für ihre in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bediensteten rückwirkend mit 1. Juli 1967 eine eigene Unfallfürsorge einrichten. Hinsichtlich des Verfahrens um Zuerkennung der Leistungen werden mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten noch Verhandlungen zu führen sein.

Ich wende nicht nunmehr dem Personalaufwand und dem Dienstpostenplan 1968 zu. Der Wiener Magistrat, mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke, rechnet für das Jahr 1968 mit Personalausgaben von 3.266,83 Millionen Schilling. Der Personalaufwand übersteigt den des Vorjahrsanschlages um 243,36 Millionen Schilling.

Trotz der Bezugsregulierungen ab 1. August 1967 sinkt der Anteil des Personalaufwandes an den bereinigten Gesamtausgaben um 0,8 Prozent auf 29,1 Prozent, ein Anteil, der allerdings durch die von mir besprochenen gesetzlichen Maßnahmen im Laufe des Jahres 1968 noch eine Korrektur erfahren kann, deren Höhe derzeit noch nicht abschätzbar ist. Die Steigerung des Gesamtansatzes ist mit 8 Prozent um 1 Prozent größer als der prozentuellen Erhöhung der Gehälter von 7 Prozent entsprechen würde, da sich in den unteren Gehaltsstufen die Mindestserhöhung von 170 Schilling stark auswirkt. Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 2.140,95 Millionen Schilling, das sind um 197,10 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr.

Der Dienstopostenplan für das Jahr 1968 sieht beim Magistrat, mit Ausnahme der Wiener Stadtwerke, im Verhältnis zum Voranschlag 1967 eine Vermehrung um 325 Dienstposten vor. Der Personalstand wird demnach im nächsten Jahr 35.107 aktiv Bedienstete betragen. Die Dienstposten wurden beim vollbeschäftigten Personal um 270 auf 32.989, beim teilbeschäftigten Personal um 28 auf 1.305 und bei den Saisonkräften um 27 auf 818 vermehrt. Dem steht allerdings bei den Wiener Stadtwerken für das Jahr 1968 ein Personalstand von 18.050, um 371 Bedienstete weniger als 1967 gegenüber, sodaß der gesamte Magistrat eine Verminderung von 46 Dienstposten aufweist.

Die Postvermehrungen sind bei der Magistratsdirektion, bei den Geschäftsgruppen II bis IX und XI zu verzeichnen. Der Mehrbedarf gründet sich unter anderen bei der Magistratsdirektion auf die Schaffung des Presse- und Informationsdienstes, auf die Erweiterung der Datenverarbeitungsanlage und deren organisatorische Vorbereitung, bei der Geschäftsgruppe II auf den Ausbau des Wirtschaftsreferates der Magistratsabteilung 4, bei der Geschäftsgruppe III auf die Vermehrung von Büchereien, bei der Geschäftsgruppe IV auf die Eröffnung neuer Kindergärten und Horte, bei der Geschäftsgruppe V auf die Schaffung von neuen Kranken- und Pflegeabteilungen, steht bei der Geschäftsgruppe VI im Zusammen-

hang mit der Errichtung weiterer Nutzbauten, bei der Geschäftsgruppe VII mit geringfügigen Änderungen in einigen Magistratsabteilungen, bei der Geschäftsgruppe VIII im Zusammenhang mit der Schaffung von Kläranlagen sowie der Eröffnung des Floridsdorfer Hallenbades, geht bei der Geschäftsgruppe IX auf eine ~~Foster~~vermehrung durch Übernahme des Amtshauses in der Niederhofstraße und letztlich bei der Geschäftsgruppe XI auf die Erhöhung des Personalstandes bei der Feuerwehr infolge geänderter Dienst-einteilung und Schaffung von zusätzlichen freien Tagen zurück. Daß trotz der daraus ersichtlichen großen Aufgabenvermehrung der Personalstand so niedrig gehalten werden konnte, hängt mit bedeutenden Verminderungen auf anderen Sektoren zusammen, die durch Rationalisierung und ständige Prüfung der Auslastungen möglich waren.

Das Verhältnis Bürger - Verwaltung

Erlauben Sie mir abschließend noch einige Worte zum Verhältnis Bürger und Verwaltung. Ein großer Teil der Bevölkerung bezieht sein Wissen um den öffentlichen Dienst aus seinen Erfahrungen im Umgang mit Behörden. Das führt dazu, daß die Bevölkerung nicht die ganze Breite der Verwaltung kennenlernt, sondern nur Ausschnitte. Überdies wird die Einstellung zu den Beamten weitgehend von dem Eindruck geprägt, den der einzelne Beamte hinterläßt, mit anderen Worten, die Bevölkerung erliegt der Versuchung, die Bediensteten generell anhand des Verhaltens einer Einzelperson zu beurteilen. Man verallgemeinert ja so gern, denn das ist bequem.

Wir haben deshalb den Versuch unternommen, im Rahmen des Tages der offenen Tür, der ein voller Erfolg war, bei den ~~Wienern~~ das Verständnis für ihre Verwaltung und ihr Funktionieren zu fördern und damit auch den menschlichen Kontakt zwischen dem Bürger und seiner Verwaltung zu vertiefen. Ich glaube allgemein feststellen zu können, daß bei rechtzeitiger und ausgiebiger Information die Bevölkerung Interesse an den Angelegenheiten der Stadt bekundet und Verständnis für ihre Maßnahmen zeigen wird, sich aber dann auch mit positiver Kritik an die Öffentlichkeit wagt.

./.

Wenn Sie das Rathaus oder eine andere städtische Dienststelle betreten, treffen Sie dort auch nur auf Menschen und Menschen haben Fehler. Sie können ebenso auf einen höflichen Beamten stoßen, wie auf einen, der Sie kurz, vielleicht sogar verletzend behandelt. Im übrigen - unobjektiv zu bleiben - bei den Bürgern, die sich der Verwaltung bedienen, handelt es sich auch nicht immer ausschließlich um lammfromme Menschen. Höflichkeit muß Verpflichtung für beide Seiten sein. Bürger und Beamte müßten einander auf der "Straße der Höflichkeit" begegnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß auch der fachlichen Fortbildung der Bediensteten mehr Beachtung geschenkt werden muß. Anlässlich eines Empfanges für Beamte der Hamburger Stadtverwaltung stellte ich unter anderen die Überlegung an, auch für unsere Beamten ähnliche Seminare einzuführen, wie dies die Hansestadt Hamburg tut. Die Vermenschlichung der Verwaltung kann niemals von den Vorschriften und vom geschriebenen Wort, sondern stets nur vom Menschen her kommen, der auch als Beamter immer Mensch bleiben muß. Ich regte weiters an - wie es bisher schon in einzelnen Fällen geschehen ist - Beamten die Möglichkeit zu geben, die Tätigkeit anderer Stadtverwaltungen kennenzulernen. Es ist einleuchtend, daß bei einer so großen Zahl von Bediensteten - Wien ist doch neben dem Bund der größte Arbeitgeber Österreichs - zwischen den Wünschen oder den oftmals berechtigten Forderungen der einzelnen Gruppen und den realen Möglichkeiten ihrer Erfüllung durch die Verwaltung manchmal schier unüberbrückbare Hindernisse bestehen. Der Einsicht und dem Verständnis des Personals, dem Bemühen der Verwaltung für die Bediensteten zu leisten, was im Bereich der Möglichkeit gelegen ist, sowie den Funktionären und den Vertrauenspersonen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten war es zu danken, daß immer ein Weg der Vereinbarung gefunden werden konnte, ohne daß ernste Konflikte entstanden wären."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiener Lehrlinge reparierten die Krönungsuhr
=====

12. Dezember (RK) Eine der kunstvollsten Uhren der Welt, die sogenannte Krönungsuhr der Kaiserin Maria Theresia, wurde von Lehrlingen der Uhrmacherwerkstätte der städtischen Zentralberufsschule in der Mollardgasse repariert. Wir entnehmen den folgenden Bericht über diese schwierige Arbeit der jüngsten Nummer der Kommunalzeitschrift "Stadt Wien".

Die von Fachlehrer Hans Wesely geleitete Uhrmacherlehrwerkstätte betreut sämtliche Uhren der Präsidentschaftskanzlei. Daher wurde Wesely zu Hilfe gerufen, als die Krönungsuhr eines Tages plötzlich aufhörte, die Stunden akustisch anzuzeigen. Der Fehler war bald gefunden: am sogenannten Hebnagelrad des Schlagwerkes waren einige Zähne ausgebrochen.

In der Mollardgasse wurde die riesige Uhr zerlegt und gereinigt. Dann ließ Fachlehrer Wesely ein neues Hebnagelrad anfertigen. Es entspricht heargenau dem ursprünglichen, im 18. Jahrhundert hergestellten Hebnagelrad und erfüllt nun seine Aufgabe mit der gleichen Präzision wie sein Vorgänger. Zwei Schüler der 3. Uhrmacherklasse, Walter Flashaar und Ernst Papezik, hatten sich als ebenso geschickt erwiesen wie seinerzeit der Uhrmacher Ludwig Knaus am Hofe des Landgrafen Ludwig VIII. von Hessen-Darmstadt.

Landgraf Ludwig hatte seinen Hofuhrmacher im Jahre 1745 beauftragt, eine "Kunstuhr" anzufertigen, die zum zehnten Krönungsjubiläum der österreichischen Kaiserin Maria Theresia der Monarchin übergeben werden sollte. Meister Knaus arbeitete fünf Jahre lang an dem Wunderwerk, die Zahl seiner Mitarbeiter belief sich auf 40 Personen. An der Uhr arbeiteten Bildhauer und Maler mit, Tischler und Silberschmiede. Das fertige Werk erregte allgemeine Bewunderung, und ohne Murren bezahlte der Landesherr die geschmalzene Rechnung des Meisters, die auf 14.188 Gulden 49 1/2 Kreuzer lautete... .

Automaten in Aktion

Die kunstvolle Uhr veranschaulicht an ihrer Vorderseite die Krönung des österreichischen Herrscherpaares. Die Automatenbühne stellt einen idealisierten Krönungssaal dar: auf dem Altar in der Mitte brennt das Ewige Feuer, durch einen der ins Freie führende Rundbogen sieht man die Burg von Preßburg.

Sobald man an einem seitlichen Hebel zieht, wird das Bild lebendig. Maria Theresia im blauen Krönungsornat erscheint von rechts, der rotgekleidete Franz von Lothringen kommt links zum Vorschein. Pagen halten auf Seidenpolstern die Kronen. Mit ruckenden Bewegungen erscheint am Himmel ein Dämon, der vom Erzengel Michael mit einem Flammenschwert vertrieben wird.

Nun tritt rechts oben eine leichtbekleidete Frauengestalt in Erscheinung. Es ist die Göttin der Geschichte, die goldene Buchstaben in den blauen Himmel malt: "Vivant Franciscus et Theresia!" Im nächsten Augenblick fallen dem Herrscherpaar Lorbeerkränze auf die Häupter, dann ziehen sich beide zurück. Das Spiel der zierlichen Figuren ist zu Ende: es hat genau siebeneinhalb Minuten gedauert.

Silberne Putten mit Füllhörnern und allegorische Figuren rahmen die Automatenbühne ein. Darüber ist eine Uhr angebracht; sie besitzt ein Viertelstundenschlagwerk mit Silberglocken. Auch das Spielwerk, das vier Choräle intoniert, hat silberne Glocken.

Im Sommer 1750, dem Jahr des Krönungsjubiläums, wurde die Kunstuhr von Augsburg nach Wien gebracht. Heute steht das Kunstwerk aus dem Rokoko im Rosenzimmer der Präsidentschaftskanzlei, im Leopoldinischen Trakt der Hofburg.

- - -

Personalnachricht

=====

12. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Magistratsrat Leopold Oberhauser zum Obermagistratsrat befördert.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Kultur, Volksbildung, Schulverwaltung
=====

12. Dezember (RK) Nach der Behandlung der Verwaltungsgruppe I wurden heute auch die Ansätze der Geschäftsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) beraten. Stadträtin Gertrude Sandner (SPÖ) führte in ihrem Referat aus:

"Gerade in unserer Zeit, die durch das Tempo, die rasante, - kaum mehr verfolgbare Entwicklung der Technik, durch das Streben nach äußeren sichtbaren Erfolgen charakterisiert ist, eine Zeit, in der der Glanz der Außerlichkeit gleichgesetzt wird mit Glück und Daseinserfüllung, muß den Aufgaben auf dem Kultursektor besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Sorge um das körperliche Wohlbefinden, der Gesundheit, der Sicherung der materiellen Existenz der Wiener Bevölkerung ist gleichzusetzen die Sorge um ein inhaltsreiches erfülltes Leben, um ausreichende Grund- und Allgemeinbildung, um geistige Gesundheit, sowie um ein kritisches, urteilsfähiges demokratisches Verhalten der Menschen unserer Stadt.

Auf Grund zwingender oder freiwillig anerkannter Bestimmungen vorgegeben sind die Leistungen Wiens als Schulerhalter, die Tätigkeit der Modeschule, des Konservatoriums der Stadt Wien und teilweise auch die Arbeiten der Wiener Landesbildstelle. Für diese Zwecke werden bereits 398,4 Millionen des Gesamtbudgets der Geschäftsgruppe aufgewendet; für die anderen Zweige kommunaler Kulturarbeit bleiben daher noch 224,5 Millionen.

An Stelle des Zwanges durch eine Rechtsnorm tritt die vernünftige Bindung an eine sinnvolle Tradition, oder die Erkenntnis aktueller Notwendigkeiten, wie Förderungsleistungen oder kulturelle Aktionen.

Dabei sind folgende Gesichtspunkte prinzipieller Natur maßgebend:

Wiens Kulturprogramm

Demokratisierung des Zuganges zu Kultur und Bildung.

Bekanntnis zur modernen Schule, zu zeitgemäßer Jugend- und Erwachsenenbildung und zur sportlichen Betätigung, d.h. Bekanntnis zu der Idee immerwährender Bildung.

Sicherung des Bestandes und Entwicklung kultureller Einrichtungen und Bereiche, Förderung von Kunst und Wissenschaft, von Künstlern und Wissenschaftlern.

Bewahrung und Pflege des erhaltungswürdigen Wiener Stadtbildes und der Natur.

Schaffung von kulturellen Zentren in neuen Wohngebieten unserer Stadt.

Vermehrte und verstärkte Kontaktnahme zwischen Wien und den Bundesländern.

Ständige Intensivierung des Ansehens Wiens im europäischen und internationalen Bereich.

Demokratisieren des Zuganges zu Bildung und Kultur bedeutet, jedem die gleiche Chance zu geben, ein Tor aufmachen, intensives Bemühen, den Menschen ihre Möglichkeiten bewußt zu machen und ihren geistigen Horizont weiter zu spannen. Denn noch am Anfang unseres Jahrhunderts war Kultur und Kunst nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung existent. Erst vor wenigen Jahrzehnten hat sich der arbeitende Mensch das Recht erkämpft, das Schicksal der Gemeinschaft, in der er leben muß, auch gestaltend beeinflussen zu können.

Jedem die beste Chance zu geben, heißt auch, jedem den Weg zur besten Bildung zu weisen.

Allen die gleichen Bildungschancen

"Talente haben sich immer durchgesetzt!" Dieser Satz hat einen guten Klang. Wie aber sieht es in der Wirklichkeit aus?

Von 100 Kindern aus Akademikerkreisen bringen es 70 zum Hochschulstudium -- von 100 Arbeiterkindern nur 5, ganz zu schweigen von Kindern der bäuerlichen Kreise.

Viele Begabungen hat man in Osterreich, in Wien verloren, weil die Schulen zu weit weg sind - im 23. Bezirk besuchen nur 23 % der Kinder eine allgemeinbildende höhere Schule, im 8. Bezirk sind es 62 % - oder weil zu wenig Geld in der Familie ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, hat die Stadt Wien im Jahre 1960 ein beispielgebendes Stipendienwerk aufgebaut. 1968 werden dafür 4,2 Mill. Schilling zur Verfügung stehen. Erstmals wird auch die Möglichkeit eröffnet, Stipendien nicht nur für Schüler der Oberstufen, sondern auch für jüngere Schüler an mittleren oder höheren Lehranstalten zur Verfügung zu stellen. Denn alle Begabten haben das Recht auf gleiche Bildungschancen! Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß ein Land mit dem besten Bildungssystem in Zukunft eine solche Stellung einnehmen wird, wie einst ein Staat mit dem größten Naturreichtum.

Volksbildung

Die Stadt Wien hat die Erwachsenenbildung stets als wertvollen Teil des Bildungssystems betrachtet und entsprechend gefördert. Große Bedeutung kommt heute der dauernden Weiterbildung zu, die es den Menschen aller Bildungsgrade ermöglichen soll, die immer komplizierter werdenden Zusammenhänge unserer sich ständig ändernden Welt zu verstehen. Leider, und zu unserem größten Bedauern fand und findet dieser Teil der Bildungsarbeit von seiten des Bundes wohl in Worten Anerkennung, doch nicht die entsprechende finanzielle Unterstützung. Die Stadt Wien stellt der Wiener Volksbildung für ihre Arbeit im kommenden Jahr eine Subvention in der Höhe von 4,300.000,- Schilling zur Verfügung.

Das Bauprogramm der Wiener Volksbildung wird auch im kommenden Jahr weitergeführt werden.

Die Volkshochschule Wien-West erhält für die Modernisierung des Schulgebäudes in Wien 7,1 Millionen Schilling. Für die Volkshochschule Hietzing, die derzeit noch in unzulänglichen Räumen arbeiten muß, ist eine Planungsrate vorgesehen. Auch das traditionsreiche Volksbildungshaus Margareten soll neu adaptiert werden. Die Errichtung von Häusern der Begegnung, die staatsbürgerliche und bildnerische Funktionen übernehmen, wird auch im Jahr 1968 fortgesetzt.

Eine wichtige Aufgabe im Bereich der Bildungsarbeit erfüllen unsere Büchereien. Im Budget sind dafür 30,6 Millionen Schilling vorgesehen. 11 Millionen Schilling entfallen davon auf das "Haus des Buches". Mit diesem Haus werden wir in Wien eine kulturelle Einrichtung ersten Ranges besitzen.

Musiklehranstalten

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien tragen nicht nur viel zur Erhaltung des Rufes unserer Stadt als Musikstadt bei, sondern schenken vielen das Erleben Musik. Im kommenden Jahr sind für die wertvolle Erziehungsarbeit 17,782.000 Millionen Schilling vorgesehen. Leider ist der Beitrag des Bundesministeriums für Unterricht, der schon vor einigen Jahren trotz der bedeutenden Kostensteigerung um 20 Prozent gekürzt wurde, mit 80.000 Schilling unverändert geblieben. Das sind nicht einmal die Jahresgehälter zweier Lehrpersonen! In Wien gibt es jetzt 15 Musikschulen. Mit dem frühen Beginn der elementaren Musikerziehung erwachsen der Kindersingschule neue Aufgaben. Aus der Kindersingschule soll eine möglichst große Zahl gut vorbereiteter Kinder in die Musikschule übernommen werden, damit ist nicht nur das Niveau dieser Schulen weiter gehoben, sondern auch der Übergang zum Fachstudium im Konservatorium erleichtert. Die ersten Erfolge dieser früh einsetzenden Musikerziehung beginnen sich bereits abzuzeichnen.

Unsere künftige Position hängt nicht von der Reichhaltigkeit des gegenwärtigen Konzertlebens, sondern von den Resultaten der gegenwärtigen Musikerziehung ab.

Vorbehaltlos stellten sich die Mitarbeiter des Konservatoriums, an ihrer Spitze Direktor Professor Weiss, für große Wettbewerbe, die das Kulturamt gemeinsam mit dem Kunstfonds der Zentralsparkasse durchführt, zur Verfügung.

Direktor, Prof. Weiss, für große Wettbewerbe, die das Kulturamt gemeinsam mit dem Kunstfonds der Zentralsparkasse durchführt, zur Verfügung.

Seminar für Jazz

Ich erinnere an die Erfolge des im Vorjahr veranstalteten Jazzwettbewerbes und an den eben zu Ende gegangenen Wettbewerb "Schubert und das 20. Jahrhundert", der uns die Teilnahme von 132 Kandidaten aus 27 Ländern brachte und zu einem wahrhaft internationalen Musikereignis wurde. In Fortsetzung des Wettbewerbes für modernen Jazz ist die Durchführung eines Jazz-Lehrganges im Rahmen des Konservatoriums geplant.

Vorerst wird mit Beginn des nächsten Schuljahres ein sich über drei Monate erstreckendes Seminar für modernen Jazz eingerichtet, um zu prüfen, ob genügend Interessenten für einen derartigen Lehrgang in Wien vorhanden sind. Bei positivem Ergebnis soll dieser Lehrgang zu einer ständigen Einrichtung werden.

Als Unterrichtsstätte steht die Schule Corneliusgasse, die neu adaptiert wird, zur Verfügung. Diese neue Zweigstelle des Konservatoriums soll darüber hinaus zu einer Stätte der Pflege der Operette, Musical und des modernen Tanzes gestaltet werden. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Theater an der Wien in Aussicht genommen, sodaß unseren Schülern einmalige Möglichkeiten eröffnet werden, wie sie wohl in keiner anderen Schule zur Verfügung stehen.

In dem Bestreben, schon unserer Jugend das Wertvolle, Schöne zu zeigen, erleben zu lassen, werden auch im kommenden Jahr unsere Schulkonzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen, Stadtrundfahrten weitergeführt und die Bemühungen des Theaters der Jugend, der musikalischen Jugend intensiv unterstützt.

Schulwesen

Es ist nicht Aufgabe der Schulverwaltung, über Bildungsfragen oder Lehrmethoden zu entscheiden, sie muß aber der Schule durch Bereitstellen aller erforderlichen Lehr- und Lernmittel, durch entsprechende Gestaltung der räumlichen Umgebung des Schulkindes alle Voraussetzungen schaffen, die erst die Lösung aller Aufgaben und Forderungen ermöglichen. Daß es gute Voraussetzungen sind, werden alle bestätigen, die mit unseren Wiener Schulen in Berührung gekommen sind. Allein schon die Tatsache, daß im nächsten Jahr an 24 Schulneubauten gearbeitet wird, macht es anschaulich, daß Wien im wahrsten Sinne des Wortes eine schulfreundliche Stadt ist. Die erarbeiteten Unterlagen über die Entwicklung der Schülerzahlen in Wien sind bei der Planung des Schulraumes wertvolle Hilfe.

Natürlich wird das Modernisierungsprogramm fortgesetzt werden. Das Modernisieren unserer Schulen kann nie als abgeschlossen betrachtet werden, da nicht nur technische Erkenntnisse uns ständig Neues schenken, sondern auch Forschungen auf pädagogischen, methodischen, hygienischen, soziologischen Gebieten neue Möglichkeiten eröffnen, bessere Möglichkeiten für unsere Kinder.

Ein kleines Beispiel: Für unsere sehgestörten Kinder geben wir Bücher heraus, die es - durch den großen Druck - auch diesen Buben und Mädchen ermöglichen, die Freude am Selbst-lesen-können zu erleben. Doch nicht nur den jungen Schülern gilt unsere Sorge. Der zunehmende Schülerstand in der Berufsschule für das Gastgewerbe, macht es notwendig, eine neue, größere Schule vorzusehen.

./.

Eine Planungsrate wird es ermöglichen, alle dafür notwendigen Vorarbeiten durchzuführen.

Das sinkende Interesse der Jugend für manche Berufsgruppen ist fast möchte ich sagen - alarmierend. Selbst Bereiche, in denen Wien bekannt und führend gewesen ist, leiden an Nachwuchsmangel. So finden sich z.B. keine Notenstecher mehr. Eine berufsberatende Aktion soll im kommenden Jahr die Jugend besonders auf diese Berufszweige aufmerksam machen.

Unserer Modeschule, die in immer größer werdenden Ausmaße durch Ausstellungen und Wettbewerbe die Leistungsfähigkeit des Modenachwuchses unserer Stadt unter Beweis zu stellen vermag, geht ein großer Wunsch in Erfüllung: Im kommenden Jahr wird im Zuge eines größeren Sanierungs- und Bauvorhabens im westlichen Teil des Hetzendorfer Schlosses bei Kostenbeteiligung des Bundes ein Turnsaal mit mehreren Nebenräumen errichtet werden.

Wie schon erwähnt, ändert der Fortschritt der Technik nicht nur den Schulbau und die Lehrmethoden, er eröffnet neue Wissensgebiete und erzwingt auch neue Lehrmittel, entsprechend den Erkenntnissen eines modernen audio-visuellen Unterrichtes. Stand noch vor 20 Jahren der Bildwerfer, das Diapositiv auf der Wunschliste unserer Lehrer, so ist es heute bereits der Tonfilm - oder besser gesagt, der Tonfilm stand bis vor kurzem auf der Wunschliste. Ein einmaliger Zuschußkredit in der Höhe von 1,8 Millionen Schilling ermöglichte es uns 138 Schmalfilmgeräte zu sehr günstigen Bedingungen anzuschaffen. Das bedeutet, daß jede Haupt- und Sonderschule, jeder polytechnischer Lehrgang nicht nur über einen Kleinbildwerfer, ein Episkop und einen 16-mm Stummfilmprojektor, sondern auch über ein Tonfilmgerät verfügt.

Damit ist Wien auf dem Gebiet der optisch-akustischen Lehrmittel wieder führend und richtungsweisend weit über Österreich hinaus.

Sportförderung

In der Erkenntnis, daß dem Sport in unserer Zeit mehr Beachtung als jemals zuvor geschenkt werden muß, wird die Stadt Wien auch im Jahre 1968 große Anstrengungen unternehmen, den Ausbau der Wiener Sportanlagen fortzusetzen und die Aktivität der Sportvereine zu unterstützen. Insgesamt stehen für den Sport rund 50 Millionen Schilling zur Verfügung. 16 Millionen Schilling mehr als im Ansatz 1967, das ist eine Steigerung um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Neben Neubauten wie Radrennbahn, Großsportanlage West, Sportanlage im 15. Bezirk werden natürlich unsere bereits begonnenen Bauvorhaben fortgesetzt. Es ist bekannt, daß den Wiener Sportvereinen aus Sportgroschenmitteln jährlich rund vier Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Da dieser Betrag nicht ausreicht, die Bedürfnisse unserer Vereine zu decken, wird im nächsten Jahr erstmalig neben dem Sportgroschen ein weiterer Sportförderungsbeitrag in der Höhe von fünf Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Wir haben damit bewußt und erstmalig eine Tat gesetzt, welche unsere Sportler in die Lage versetzt, vermehrt und intensiver trainieren zu können.

Es liegt nun an den Sportlern, die gebotenen Chancen auszunützen.

Außerschulische Jugendbetreuung

Wenn wir von Bildungsarbeit sprechen, dürfen die Leistungen des Landesjugendreferates des Wiener Jugendkreises nicht verschwiegen werden.

Mit aller Entschiedenheit werden wir dafür eintreten, daß in allen neu erstehenden Kulturzentren geeignete Möglichkeiten für das Landesjugendreferat eingeplant werden. Auch für die jungen Menschen müssen wir Begegnungsstätten schaffen, Heimstätten für die Jugendorganisationen, wo sie nicht nur ihr Eigenleben führen können, sondern im engen Kontakt mit Andersdenkenden gegenseitige Anerkennung und Toleranz lernen.

Kunstförderung

Die Verfolgung des Programmpunktes - Förderung von Kunst und Wissenschaft - ist das konsequente Bemühen, Wien jene Attribute zu erhalten, die es in der Welt bekannt gemacht haben: eine Stadt der Musik, des Theaters, der Wissenschaft zu bleiben und eine Stadt der bildenden Kunst, der Literatur, des Filmes zu werden.

Das bedeutet Subventionierung nicht nur der großen Institutionen, wie Musikverein und Konzerthaus, der großen Klangkörper, wie unsere Symphoniker, auf die wir so stolz sind und für die im Budget 12 Millionen Schilling vorgesehen sind, nicht nur der großen Privat-Theater - 13,9 Millionen Schilling (ohne Theater an der Wien!) für 1968 - sondern auch der kleinen Gemeinschaften, Chöre, Klangkörper, die experimentierfreudig stets nach neuen Wegen suchen.

Mit einer Zuwendung von 2 Millionen Schilling konnte die Schließung des Wiener Raimundtheaters verhindert und die Klärung seiner verworrenen Rechtslage endlich herbeigeführt werden.

Unser Theater an der Wien hat den Weg vom Gastspielhaus zum vollbespielten eigenständigen Theater erfolgreich zu Ende geführt. Mit fast 400 Vorstellungen für Eigenproduktionen, Theater der Jugend, Jugendabonnement der Stadt Wien, Wiener Festwochen, Sonntagsmatinee und den Veranstaltungen im Rahmen des kulturellen Sommerprogrammes ist dieses Theater die meistbespielte Bühne Österreichs geworden. Schon allein die Tatsache, daß das erstmalig angelegte Abonnement innerhalb kürzester Zeit von 4.000 Interessierten gekauft wurde, beweist, wie bekannt, wie beliebt unser Theater geworden ist.

Als einziges bedeutendes österreichisches Theater erhält das Theater an der Wien keine Bundessubvention. Durch die Kürzung der Bundessubventionen für Theater, die im kommenden Jahr eintreten wird - von 19 Millionen auf 15 1/2 Millionen - sind unsere Hoffnungen auf finanzielle Förderung entsprechend kleiner geworden. Vielleicht könnte man für diesen Zweck Mittel aus dem Kunstförderungsfonds des Bundesministeriums für Unterricht (aus der Rundfunkgebühr) freimachen, die durchaus nicht immer für kunstfördernde Belange - also entgegen den Bestimmungen -- verwendet werden.

Wien beteiligt sich im Rahmen des Möglichen an der Förderung von Bundeseinrichtungen für Wissenschaft und Forschung; zum Beispiel durch Widmung von Stiftungsplätzen für die Diplomatische Akademie, durch die nahezu ausschließliche Zuführung der Erträge der Hochschul Jubiläumsstiftung an wissenschaftliche Institute, durch die Subventionierung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und durch Beiträge für Vorhaben der Wissenschaft, die im gesamtösterreichisch Interesse liegen, aber einen Konnex zu Wien aufweisen.

Mehr Plätze für Studenten

Noch in diesem Jahr wird mit dem Bau des 2. Teiles des Internationalen Studentenhauses Döbling begonnen werden. Dieser Neubau, der voraussichtlich 95 Millionen Schilling kosten wird, bietet weiteren 350 Studierenden zweckmäßiges und vor allem auch billiges Wohnen. Eine sicher imponierende Leistung für die Jugend Österreichs.

Keine gesetzliche Verpflichtung - sondern eine freiwillig auf uns genommene Aufgabe, aus der Erkenntnis der Bedeutung der Hochschulbildung, der Bedeutung der Wissenschaft in unserer Zeit.

Kunstförderung muß mehr sein als eine Unterstützungsaktion - es ist ständiges Bemühen, die Künstler aus ihrer Isoliertheit innerhalb der Gesellschaft zu befreien und ein Publikum zu erziehen, das sich nicht nur von den Äußerungen der Kunst angesprochen fühlt, sondern versucht, mit ihr als einem wesentlichen Bestandteil unserer Wirklichkeit, als einem Angelpunkt modernen Lebens und Denkens zu leben. Wenn man im Zusammenhang mit Kunstförderung des öftern mit scharfen Augen auf das Wirken von sogenannten Kunstbeamteten oder beamteten Kunstgewaltigen spricht, dann ist es ein Zeichen, daß man die Situation nur oberflächlich kennt. In Wien wirken Menschen - beamtete und ehrenamtliche - die weder nach Macht noch nach Ruhm streben, die nur eines wollen: Förderung der Kunst durch Fördern der Künstler. Und noch eines möchte ich hinzufügen: Amtsschimmel und Amtskappel haben bei uns den einzig richtigen Platz gefunden: im Museum.

Hilfe für die Jungfilmer

Der Grabgesang auf den österreichischen Film hat bereits so viele Strophen, daß es sinnlos wäre, eine neue hinzuzufügen. Es hat auch keinen Sinn, was war und besonders das, was nicht gut war, künstlich wieder zum Leben zu erwecken. Sinnvoll aber wäre es, den jungen Talenten, den jungen Regisseuren und Autoren zu helfen und Beachtung zu schenken.

./.

In den letzten Monaten haben in Wien junge Künstler unter oft abenteuerlichen Umständen und unter schwierigsten Verhältnissen Kurzfilme hergestellt, die uns hoffen lassen, daß auch bei uns eine ähnliche Entwicklung wie in der Deutschen Bundesrepublik einsetzt, wo der sogenannte junge deutsche Film nicht mehr zu übersehen ist und die Produktion bestimmt.

Der Voranschlag sieht für 1968 einen Betrag vor, der diesen jungen, begeisterungsfähigen Leuten (sie werden in der Filmbranche als Jungfilmer etikettiert) Hilfe bedeuten wird und vielleicht für die österreichischen Film neue Chancen eröffnet. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß es endlich Zeit wäre, zu erkennen, daß das Filmgeschehen nicht eine Wiener - sondern eine gesamtösterreichische Angelegenheit ist, die der Förderung aller bedarf.

Von der Stadt Wien sind in den letzten Jahren eine Reihe von Kultur-beziehungsweise Dokumentarfilmen in Auftrag gegeben worden. Diese Aufträge tragen dazu bei, wenigstens einen Teil der österreichischen Kulturfilmproduktion aufrecht zu erhalten.

Derzeit sind Porträtfilme über Wiener Künstler in Vorbereitung, ein Film über die Schönheit und die Probleme des Wienerwaldes ist in Arbeit.

Für 1968 sind weitere Filme über die Wiener Musikgedenkstätten und über Wien als Stadt internationaler Begegnungen geplant.

Zusammenarbeit der Museen

Erfreulicherweise ist die Bewahrung und Pflege der Zeugnisse über die Stadtgeschichte und die Dokumentation kultureller Schöpfungen in Wien schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Das Historische Museum der Stadt Wien mit seinen Gedenkstätten und Gedenkräumen, die wissenschaftliche Stadtbibliothek und das Archiv der Stadt Wien erfüllen im Rahmen der ihnen gegebenen Möglichkeiten die ihnen gestellten Aufgaben. Für das kommende Jahr plant das Historische Museum eine Olbricht- und Schiele-Ausstellung. Hier möchte ich

./.

auf eine sehr erfreuliche Entwicklung hinweisen: In Absprache mit der Osterreichischen Galerie, der Albertina und dem Historischen Museum wurden nicht nur die Termine der Schiele-Ausstellung festgelegt, sondern auch die Aufgabe jeder dieser drei Institutionen.

Diese Zusammenarbeit zeigt ihren Niederschlag auch bei der großen, vom Kulturamt durchgeführten Picasso-Ausstellung, Eröffnung Ende April 1968, bei der wieder die Albertina mit uns gemeinsam Werke dieses Künstlers aus ihrem Besitz zeigen wird. Nur wer ein genauer Kenner des Wiener Kulturlebens ist, wird meine Freude über diese gelungene Koordinierung verstehen.

Die Wiener Heimatmuseen werden immer mehr zu einer wertvollen Ergänzung der städtischen Sammlungen. Seit ihrem Zusammenschluß in der Arbeitsgemeinschaft der Wiener Heimatmuseen ist eine, getragen von Idealismus vieler freiwilliger Mitarbeiter, erfreuliche Aufwärtsentwicklung festzustellen.

Archiv und Stadtbibliothek

Im Archiv der Stadt Wien werden im kommenden Jahr die Modernisierungsarbeiten beendet sein. Trotz schwieriger Umstände konnten die so erfolgreichen Kleinausstellungen fortgesetzt werden.

In jedem Berichtsjahr hat die Stadtbibliothek bedeutende Ankäufe zu verzeichnen, wenn ich nur an die autographe Partitur der Johann Strauß-Operette "Simplicits" erinnern darf. Überall bemühen sich unsere Mitarbeiter im Rahmen des Möglichen das Beste für ihr Institut zu erreichen.

Stadtbild-Erhaltungsgesetz

Die Sicherung der Atmosphäre Wiens muß unser aller Anliegen sein.

Nur dann kann die Gefahr abgewehrt werden, nämlich die Zerstörung des uns, allen Wienern und vielen Besuchern, vertrauten Stadtbildes mit seinem Reichtum an kostbaren Bauwerken und Denkmälern, an Erinnerungs- und Gedenkstätten einmaligen Wertes, mit seiner einzigartigen geographischen Lage am Rande der Wienerwaldberge, an den Uferauen der Donau und seinen zahlreichen wirkungsvollen Parkanlagen.

Will Wien dieses anziehende und eigenständige Profil nicht verlieren, so muß es in Kürze gelingen, durch geeignete legislative Maßnahmen, durch eine rigorose Handhabung und auch Anpassung der vorhandenen Möglichkeiten der Denkmal- und Stadtbildpflege, sowie des Naturschutzes eine tragbare Form der unverzüglichen Konsolidierung zu finden, das heißt, die kulturpflegerischen Erfordernisse mit denen der städtebaulichen und verkehrstechnischen Entwicklung abzustimmen. Selbstverständlich gehört in die moderne Großstadt auch der Großstadtverkehr, aber ich habe immer öfter das Gefühl, daß der Mensch von heute sich vom Götzen Verkehr den Lebensraum anweisen läßt, anstatt umgekehrt. Ja, es mutet einem an, als ob sich der moderne Mensch gar nicht mehr traut, einen Raum ohne Maschine mit Leben zu füllen und immer mehr dem amerikanischen Drive-in Wahnsinn verfällt. Das in Ausarbeitung befindliche Stadtbild-Erhaltungsgesetz wird sicher wesentliche Hilfe bringen.

Für die Sanierung und Erhaltung denkmalgeschützter Objekte - auch in Fortsetzung und im Ausbau der bewährten Altfassaden-Aktion, stehen 1968 erhöhte Mittel zur Verfügung. Nach der Rettung und Sanierung des Schubert-Hauses werden wir uns nun vor allem der Pflege der Beethoven-Häuser widmen. Ich bin sehr dankbar und froh, daß es uns in letzter Zeit gelungen ist, das Haus in der Probusgasse 6 zu erwerben.

Im Jahre 1970 feiern wir den 200. Geburtstag von Ludwig van Beethoven.

Bonn und Wien stehen bereits im engen Kontakt, um würdige Dokumentationen und Veranstaltungen vorzubereiten.

Eine Wiener Denkmalkartei

Eine wichtige Aufgabe auf dem Gebiet des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege besteht auch in einer Neuerfassung des Denkmalbestandes, da alle Aufzeichnungen und Druckwerke überholt sind.

Nach dem Stand der Erhebungen vom Herbst 1967 gibt es in Wien rund 1.600 Denkmäler - eine wahrhaft imponierende Freiluftausstellung von der mittelalterlichen Zeit bis zur Gegenwart.

Die Erfassung dieser einhunderttausend Objekte wird ohne Zweifel mindestens zwei Jahre in Anspruch nehmen. Nach dieser Neuerstellung einer Wiener Denkmalkartei wird es erst möglich sein, alle erforderlichen Unterlagen, die für Restaurierungen nötig sind, beizustellen.

An Wissenschaftler wurden und werden von unserem Amte Forschungsaufträge für Denkmalpflege vergeben, die zum Beispiel die volkskundlichen Aspekte der Wiener Bildstöcke, die Bedeutung der Gräber aus der Biedermeierzeit als Quelle der Wiener Gesellschaftsgeschichte, die geistesgeschichtlichen Hintergründe der Wiener Ringstraßendenkmäler und so weiter zu klären haben werden, neben der selbstverständlichen Forschung nach noch unbekanntem Bildhauern als Urheber dieser Objekte.

Naturschutz

Es bedarf wohl kaum eines Beweises, daß die landschaftliche Umgebung nicht nur das charakteristische Antlitz einer Stadt prägt, sondern auch für das Leben der Stadtbewohner, für ihre Gesundheit von großer Bedeutung ist.

Über die Schönheit der Landschaft Wiens wurde schon viel gesprochen, geschrieben, in Melodien übersetzt. Unsere Aufgabe muß es sein, mit all unseren Kräften dahin zu wirken, daß diese Landschaftsform Erholungsraum für alle Wiener bleibt und nicht zum Erholungsgebiet für nur einige Tausende wird. Manches wurde erreicht - wenn ich nur an die Erwerbung des Dehne-Parks im heurigen Jahr erinnere - vieles muß noch sicher auch im Verhandlungsweg mit Niederösterreich erreicht werden.

Ich möchte nun eine große Bitte an die Wiener Bevölkerung aussprechen. Mit Recht sind wir traurig, wenn im innerstädtischen Bereich aus zwingenden Gründen ein Baum abgeholzt werden muß. Wir sind traurig über das verlorene Grün und doch behandeln wir unser schönsten Grün - den Wienerwald, unseren Wald- und Wiesen-gürtel, nicht immer gut: Wanderwege werden zu Parkplätzen, Bäche, Teiche und Tümpel zu willkommenen Autowaschgelegenheiten, Plastik und andere schwer verrottende Verpackungsmaterialien verschandeln die schönen Wiesen und Wälder. Gar nicht zu reden von den niedergetretenen Anpflanzungen.

Deshalb meine Bitte: Wiener, achtet mehr auf Euren Wienerwald!

Vielen Großstädten ist eines gemeinsam, nämlich das Vorhandensein eines sogenannten Kulturgefälles vom Stadtrand zum Stadtzentrum und umgekehrt. Auch das Problem des Aussterbens der City, die zu einem reinen Arbeitsviertel zu werden droht, zu einem Museum für Sonntagsspaziergänger und Gäste. Die bloße Aneinanderreihung von Häusern und Straßen ergibt noch keine "Stadt", keine Gemeinschaft.

./.

Gemeinschaftsbauten als kulturelle Mittelpunkte

Die neuen Wohnsiedlungen des Stadtrandes bedürfen daher eigener sozialer und kultureller Mittelpunkte, um für die Bewohner, besonders für die Jugend und älteren Menschen eine Heimat zu werden, eine überschaubare, funktionierende Nachbarschaft, von der aus man die größere Gemeinschaft der Großstadt leichter verstehen und erfassen kann. Die Errichtung von Gemeinschaftsbauten fördert diese Entwicklung und erweist sich somit in vieler Hinsicht als notwendig und sinnvoll. Mit der Fertigstellung und Eröffnung des hervorragend ausgestatteten Hauses der Begegnung in Floridsdorf, in dem neben vielen Vereinen auch die Volkshochschule, die Musikschule und das Landesjugendreferat Aufnahme finden, ist für diesen Teil der Stadt ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden.

Für den Bezirk Hietzing wird mit dem Bau der Volkshochschule in Speising eine neue Stätte der Begegnung, der Diskussion, vorbereitet.

Für Liesing haben die vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung eines Hauses der Begegnung begonnen, in dem ebenfalls verschiedene Vereinigungen ihre Tätigkeit ausüben werden. Die Sanierung des Schlössls in Mauer, die auch zur Sicherung des denkmalgeschützten Objektes erforderlich ist, wird dazu führen, daß nicht nur das Land Wien eine "Landesjugendherberge" erhalten wird, die zu einer Entlastung der Jugendgästehäuser in den Sommermoneten führen soll, sondern für die übrigen Monate eine neue Einrichtung der Jugend- und Erwachsenenbildung sein wird.

Mit dem Fortschritt des Ausbaues des Kagraner Bezirkszentrums, der Großfeldsiedlung, der Albin Ost-Siedlung; wird sich auch dort die Erbauung eines Kulturzentrums als notwendig erweisen.

./.

Mit der Förderung der Aktion des Volkstheaters "Vorstellungen in Außenbezirken", mit Veranstaltungen der Wiener Festwochen in diesen Teilen Wiens, mit der Errichtung von Sport- und Spielanlagen und neuen Schulen, sowie im Verein mit schon vorhandenen und erfolgreich tätigen Einrichtungen der Jugend- und Volksbildung wird es auf längere Sicht gelingen, die angestrebten soziologisch bedeutsamen Schwerpunktbildungen in den Außenbezirken zu erreichen.

Wien als Hauptstadt

Die Vertiefung der Kontakte zu den anderen Bundesländern wirft ein Problem auf, das man ruhig aussprechen soll: Für viele Österreicher ist Wien nicht die mit den Herzen bejahte Hauptstadt - sondern nur der Verfassung nach. Wien unterliegt dem unglücklichen Gegensatz Bund-Land, Land-Stadt und ist deshalb starken inneren Hemmungen bei der Verwirklichung der vorhin angedeuteten überlokalen Aufgaben ausgesetzt.

Wir wollen nichts unversucht lassen, um im Bewußtsein aller Österreicher die Bedeutung ihrer Bundeshauptstadt mehr als bisher zu vertiefen. Neue Kontakte zwischen Wien und den Ländern mit ihren Städten werden in kommender Zeit das Gemeinsame mehr als bisher in den Vordergrund rücken. Im Jahre 1968 wird im Rahmen dieses Bundesländerprogrammes zu der schon bewährten - sich bereits zu einem netten Brauch entwickelten - Weihnachtsbaumaktion der Austausch von Ausstellungen - wir werden mit Linz beginnen - dazukommen. Die Modeschule wird anlässlich der 100-Jahrfeier des Vorarlberger Stickereiverbandes ins Ländle reisen. Die Ausstellung "Die Grüne Galerie" wird zu einer gesamtösterreichischen Ausstellung ausgebaut, und wir arbeiten an einem Programm, das unsere Symphoniker mehr als bisher auf Konzertreisen durch Österreich führen wird.

Schließlich kann die Mitwirkung zahlreicher Wiener Künstler und Klangkörper an Festwochen und Kulturtagen in Österreich als ein indirekter Beitrag Wiens gewertet werden.

Die Aussicht auf erfolgreiche Realisierung der Programmpunkte (Kontakte und Ansehen Wiens) wird umso größer sein, je geordneter und lebendiger das Geschehen in den vorher besprochenen Forderungen einer aktuellen Kulturpolitik ist. Natürlich unterliegen Fragen des Prestiges und des Leitbildes einer Stadt ganz besonders der Subjektivität des Betrachters.

Ich bin der Auffassung, daß wir nüchtern die Veränderungen feststellen sollten, die seit den Zeiten der Reichshaupt- und Residenzstadt, bis zur wiedererstandenen Hauptstadt der Zweiten Republik mit Wien vor sich gegangen sind und welche Aufgaben dieser lebenskräftigen Stadt in europäischer und innerösterreichischer Sicht heute gestellt sind, welche Voraussetzungen vorhanden, welche neu zu schaffen sind, um diese Aufgaben zu erfüllen.

Die Vorstellung von der sozialen Großstadt allein ist bei der gegebenen Wirtschaftslage wohl beruhigend, doch nicht mehr für alle gleich faszinierend. Gerade für die Jugend ist ein großstädtisches Leben und Geschehen in Kultur, Wirtschaft und Sport wesentlich attraktiver.

Eine Reise nach Wien soll nicht dem Besuch eines Museums gleichen, sondern vielmehr die Konfrontation mit einer überwältigenden Fülle europäischer Kulturleistungen, die Begegnung mit einer reichen und lebendigen Künstlergeneration und die Einbeziehung in ein fortdauerndes Gespräch sein. Das heißt, daß die Anziehungskraft der Stadt ihre einseitige Begrenztheit durch eine glanzvolle Vergangenheit verlieren muß und dynamische, zeitnahe kulturelle Aktivität als Ergänzung benötigt.

./.

Pflege von Ost-West-Kontakten

Wien gilt als die am weitesten nach Osten vorgeschobene Großstadt westeuropäischer Eigenart und ist die Hauptstadt eines Staates, der sich zur immerwährenden Neutralität bekennt.

Unsere Stadt ist für die osteuropäischen Staaten das natürliche und tatsächlich begehbare Tor zum Westen.

Die Pflege von Ost-West-Kontakten im kulturellen Bereich ist daher eine vordringliche Aufgabe. Die Viennale, die Wiener Festwochen, das Europa-Gespräch, die Austauschprogramme im Wege der Volksbildung, der Musiklehre, der Wissenschaft, Ausstellungen - all das sind bewährte Methoden, die auch 1968 weitergeführt und ausgebaut werden.

Die Viennale 1967 brachte uns international gesehen großen Erfolg, national gesehen einige negative Kritiken, die sich nicht mit dem Filmgeschehen, sondern mit dem Rahmenprogramm beschäftigten. Nun, ich muß gestehen, mir wieder liegt weniger an Starletts und mehr an Regisseuren und Künstlern, weniger an Filmbällen und Sektfrühstücken und mehr an der Diskussion.

Die Viennale 1968 wird unter dem Motto stehen: "Filme, die uns nicht erreichen". Es wird eine Filmfestwoche sein, die vielleicht weniger gängige sogenannte Aufhänger bringen wird, dafür aber reicheren Inhalt.

Die Festwochen des laufenden Jahres brachten zweifellos unter dem Motto "Nachbarn an der Donau" eine engere Kontaktnahme zu unseren Nachbarn.

Durch die Betonung des Musikalischen - ich erinnere an den erfolgreichen Mahler-Zyklus - ist vielleicht das Sprechstück zu sehr in den Hintergrund getreten. Zum Ausgleich dafür haben wir uns entschlossen, die Festwochen 1968 unter das Motto "Die Komödianten Europas" zu stellen. Es ist ein Treffen der komödiantischen Theater Europas mit Stücken von Aristophanes bis Ionesco vorgesehen, in denen sich Harlekin in einer Vielfalt europäischer Masken präsentiert.

./.

Auch das "Europa-Gespräch" 1968 wird sich mit Theaterproblemen beschäftigen und wieder Theoretiker und Praktiker aus Ost und West zu einer Diskussionsrunde vereinen.

Eine freizeitbetonte Stadt

Wien ist im Donaauraum immer noch die bedeutendste Stadt - was ihre Größe, ihre wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen anlangt - aber die Nachbarstädte zwischen München und Budapest, Prag und Belgrad befinden sich in einer lebhaften Aufwärtsentwicklung. In diesem zentraluropäischen Bereich hat Wien seine Position würdig und gestaltend zu behaupten.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Wien war im Jahre 1967 unterschiedlich zu der in den übrigen Teilen Österreichs. Wir konnten in Wien eine Zunahme der Nächtigungen um mehr als eineinhalb Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Wien hat demnach heuer entschieden besser abgeschnitten als die anderen Bundesländer.

Dies hat seinen Grund wohl in der anders gearteten Struktur des Wiener Fremdenverkehrs - keine Ballung, größere Streuung der Herkunftsländer - als auch in dem ständigen Bemühen, der Parole "Wien hat immer Saison" gerecht zu werden.

Als freizeitbetonte Stadt mit einem variationsreichen Angebot an Bildungs-, Erholungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten ist Wien als Kongreß- und Organisationsmetropole überaus geeignet.

Die bisherigen Ergebnisse, Wien zum Amtssitz internationaler und weltweiter Organisationen zu machen, erfüllen uns mit Freude und Genugtuung.

Die Erfüllung des dem Gemeinderat nun vorgelegten Programms verlangt nicht nur finanzielle Fundierung sondern vor allem unsere innere Zustimmung, unsere Einsatzbereitschaft, unsere Fantasie, ja auch unsere Begeisterung und das Bemühen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Achtung! Wir setzen zunächst mit der Personaldebatte fort:

Debatte über das Personal

=====

Als erster Debattenredner kommt GR. Karger (KLS) zu Wort. Er vertritt die Meinung, daß man den Gemeindebediensteten den Dank nicht nur mit Worten aussprechen dürfte, sondern Arbeitserleichterungen, bessere Bezahlung und Maßnahmen zur Überwindung des Personalmangels sich diesem Dank anschließen müßten. Sicherlich wurden in letzter Zeit einige Forderungen erfüllt, vieles sei jedoch auf dem Personalsektor noch zu ändern und zu verbessern. Unser Dienstrecht müßte für den gesamten öffentlichen Dienst Vorbild sein. Das soziale Vorgehen Wiens würde auch den anderen Gruppen helfen. Leider spiegelt sich dieser Gesichtspunkt in den Budgetansätzen nicht wider.

An der Spitze der offenen Fragen steht nach Ansicht des Redners der trotz leichter Besserung noch immer herrschende Personalmangel. Dadurch werden nicht nur die Bediensteten übermäßig belastet, auch die Bevölkerung hat darunter zu leiden, so zum Beispiel durch das Fehlen einer ausreichenden Zahl von Kindergärtnerinnen, Spitalpersonal und ähnlichem. Der Mangel an Kindergärtnerinnen hat bereits dazu geführt, daß ein neu erbauter Kindergarten nicht eröffnet werden konnte. Auch der Spitalsbettenmangel ist ja kein Mangel an Betten, sondern ein Mangel an Schwestern und Pflegepersonal. Es müßten mehr Möglichkeiten zur Heranbildung von Kindergärtnerinnen und Schwestern geschaffen und günstigere Arbeitsbedingungen ermöglicht werden.

Leider kommt man manchmal zu dem Eindruck, daß man bei Bediensteten auf ihre Weiterbeschäftigung nicht reflektiert. So soll es vorgekommen sein, daß Vertragsbedienstete nach erfolgter Operation oder ausgeheilter Krankheit gekündigt wurden. Derart unsoziale Handlungen müßten unterbleiben.

Der Redner verweist darauf, daß die öffentlich Bediensteten im Vergleich zum Ausland ungleich schlechter bezahlt sind.

./.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt das Gehaltsniveau um rund 50 Prozent höher, in Schweden um 102 Prozent und in der Schweiz um 104 Prozent. Hinter Österreich liegt nur mehr Italien, Spanien und Portugal.

Als unbefriedigend bezeichnet der Redner für einzelne Gruppen die Anrechnung der Zulagen in die Pension. Gerade jener Personenkreis, der sich 1945 uneigennützig in den Dienst der Verwaltung gestellt hat, wird hier kaum berücksichtigt. Er verlangt eine entsprechende Anrechnungsmöglichkeit auch für diese Bediensteten. Leider erhalten derzeit 18 bis 20 Prozent der Bediensteten überhaupt keine Zulagen. Der Redner tritt für eine schrittweise Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich ein und Einhaltung der Fünf-Tage-Woche für alle Bediensteten.

Man könnte den Bediensteten nach zehnjähriger Dienstzeit auch eine außertourliche Stufenvorrückung gewähren.

Der Debattenredner wirft sodann die Frage auf, warum die pragmatisierten Bediensteten bei ihrer Pensionierung keine Abfertigung erhalten, wie die Vertragsbediensteten. Er stellt sodann eine Reihe weiterer Forderungen betreffend Disziplinarverfahren, Dienstordnung beim Fahrpersonal, Urlaubsbemessung nach Arbeitstagen und Handhabung der Einstufungen. Er wendet sich abschließend gegen politische Gesichtspunkte bei der Personaleinstellung und stellt fest, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen werde.

GR. Dr. Hifnschall (FPÖ) nimmt Stellung zu dem Übereinkommen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vom Juli dieses Jahres, das leider zu keiner durchgreifenden Reform des Gehaltssystems geführt habe. Die Gehaltserhöhungen erfolgten ziemlich linear. Vor allem sei den Bedürfnissen der Gebietskörperschaften nicht Rechnung getragen worden, weil kein Schema für die Sozialberufe erstellt wurde. Obwohl Stadtrat Bock im Vorjahr und auch bei der Spitals-Enquete dieses Jahres die Forderung nach einem Schema für Sozialberufe unterstützt habe, sei in dieser Sache nichts geschehen.

Auch der ÖAAB hat eine solche Forderung in seiner Wahlpropaganda erwogen, die Konsequenzen seien jedoch ausgeblieben.

Der Redner geht sodann auf die Wertsicherungsklausel des Gehaltsübereinkommens ein und meint, daß die Beamten mehr an einem stabilen Preisgefüge als an einer Anwendung der Index-Automatik interessiert seien. Die öffentliche Hand sei davor zu warnen, daß jede neue Belastung auf dem Steuersektor den Index in Bewegung setzen muß.

Im Budget sei die Gehaltsvereinbarung vom Juli überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl sie im Oktober 1968 wirksam werde. Dies werfe kein gutes Licht auf die Wahrheit und Sorgfalt bei der Erstellung des Voranschlages. Auch im Bundesbudget sei die zu erwartende Mehrbelastung ab Oktober 1968 berücksichtigt.

Zu fragen sei ferner, warum die Pensionsbeiträge sich um 23 Prozent erhöhen.

Kritik fordere heuer der Dienstpostenplan der Hoheitsverwaltung heraus, der eine Vermehrung um 325 Posten oder ein Prozent des Personalstandes vorsieht. Dabei werde die Personalvermehrung gar nicht dort wirksam, wo sie am dringendsten erscheine, nämlich bei den Fürsorgerinnen, den Kindergärtnerinnen und in der Krankenpflege. Eine starke Erhöhung erfahre dagegen der Personalstand der Magistratsdirektion. Daran habe der Presse- und Informationsdienst mit 49 Dienstposten einen wesentlichen Anteil. Dieser Personalstand entspreche ungefähr dem Redaktionsstab einer großen Tageszeitung und sei als zu groß zu bezeichnen.

Ziel in der Verwaltung müßte es sein, den Personalstand zu halten, allenfalls durch vermehrte Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung.

Der Redner stellte schließlich den Antrag, den Witwenversorgungsgenuß ab 1. Jänner 1968 von 50 auf 60 Prozent der Beamtenpension zu erhöhen.

Anschließend schnitt GR. Dr. Hirnschall Detailfragen des Personalsektors an. Die Erledigung der Anerkennung von Vordienstzeiten dauere oft unnötig lange, in einzelnen Fällen ~~ein bis zwei Jahre~~. Der Betroffene befinde sich während dieser Zeit in Gehaltsstufe 1 und könne nur den Mindesturlaub beanspruchen.

Ein absurdes Beispiel von Bürokratie sei folgende Handhabung des Zulagenkatalogs:

Eine Stationsschwester erhält die sogenannte Chargen-Zulage, ihre Stellvertreterin die Vertreterinnen-Chargenzulage. Wird nun die Vertreterin Stationsschwester, dann erhält sie sechs Monate lang keine Chargenzulage - angeblich, weil sie sich erst bewähren müsse -, sie erhält aber auch nicht die Vertreterinnen-Chargenzulage, weil sie ja keine Vertreterin mehr sei.

In Mangelberufen könne die Personallage besser sein, wenn ein besseres Betriebsklima herrschen würde. Das schlechteste Betriebsklima gebe es bei den Verkehrsbetrieben.

Dann erwähnte GR. Dr. Hirnschall den Fall eines Schaffners vom Bahnhof Speising, der sich mit einem erschütternden Bericht an eine Wiener Zeitung gewendet habe. Auf diesen ausführlichen, 80 bis 100 Zeilen umfassenden Bericht sei - obwohl es bereits mehr als einen Monat zurückliegt - noch immer keine Stellungnahme erfolgt.

Der erwähnte Schaffner hätte 22 Dienstjahre und habe daher den Anspruch auf den dienstfreien Sonntag erworben. Als er Differenzen mit dem Gewerkschaftsobmann hatte, drohte dieser, der Schaffner werde den dienstfreien Sonntag verlieren, falls er von der Gewerkschaft austrete. Der Schaffner trat aus, und tatsächlich setzte es der Gewerkschaftsobmann durch, daß der Mann wieder sonntags Dienst machen muß. Vom Dienststellenleiter sei der Schaffner nicht in Schutz genommen worden.

Abschließend erklärte GR. Dr. Hirnschall, daß seine Fraktion dem Kapitel nicht die Zustimmung geben werde.

Als nächster Redner ergriff GR. Wiesinger (SPÖ) das Wort. Er bedauerte, daß die österreichische Bundesregierung dem einstimmig von allen Fraktionen beschlossenen Ruhe- und Versorgungsgenuß-Zulagengesetz 1966 die Zustimmung verweigert habe. Wenn sie schon nicht zustimme, möge die Bundesregierung wenigstens bekanntgeben, was sie an diesem Gesetz auszusetzen habe.

Erfreulicherweise habe die zuständige Magistratsabteilung einen Antrag vorbereitet, den Gemeindepensionisten so lange Vorschüsse auf die erhöhten Bezüge nach dem Zulagengesetz zu gewähren, bis die Regierung diesem Gesetz die Zustimmung gegeben habe.

Der nächste Redner, GR. Dr. Bauer (ÖVP), verteidigte die Bundesregierung: wahrscheinlich habe man noch keine Zeit gefunden, dem Zulagengesetz zuzustimmen. Es gehe nicht an, der Regierung deswegen Beamteneindlichkeit vorzuwerfen. (Heftige Zwischenrufe von der SPÖ-Fraktion).

Der Redner kam dann auf die Personalknappheit in bestimmten Sektoren zu sprechen und erwähnte, die Gemeinde habe Kanzlei-Lehrlinge eingestellt mit der Absicht, auf diese Weise künftiges Kanzleipersonal heranzubilden. Der Lehrvertrag, den die Kanzleilehrlinge erhalten, sei von der Kammer durchaus positiv beurteilt worden - was die Agenden der Gemeinde betreffe. Die Bestimmungen des Lehrvertrages seien jedoch dann problematisch, wenn der Lehrling aus dem Gemeindedienst austrete, um etwa in der Wirtschaft als Kanzleikraft unterzukommen. Der Redner regte an, die Lehrverhältnisse so einzurichten, daß die Lehrlinge auch außerhalb des Gemeindedienstes als vollwertige Kräfte gewertet werden können.

In seinen Ausführungen beschäftigte sich Dr. Bauer auch mit der Arbeit zweier Kommissionen. Die Rationalisierungskommission tate vertraulich, was nicht unbedingt die beste Lösung sei, weil die dort erörterten Probleme alle angingen, insbesondere hinsichtlich der Spitäler. Die Formularkommission sehe sich zuweilen spöttischen Pressekommentaren ausgesetzt, aber ihre Mitglieder arbeiteten mit viel Intensität an der ungeheuren Aufgabe der Durchforstung der Formulare.

Nach einem Vergleich des Personalaufwandes der Gemeinde Wien mit dem des Bundes, wobei Dr. Bauer den Aufwand der Gemeinde als

"beachtlich hoch" bezeichnete, kam der Redner auf die Krankenfürsorge- und Unfallversicherung bei den Gemeindebediensteten zu sprechen. Er überreichte einen Antrag des Inhaltes, daß ein diesbezüglicher Gesetzentwurf zeitgerecht dem Gemeinderat zugeleitet werden möge.

Auch mit der Schaffung eines Sozialschemas für das Krankenpflegepersonal - "eine alte Forderung meiner Fraktion" - befaßte sich Dr. Bauer. Oberärzte und Primari hätten aus der Dienstklasse VI beziehungsweise VII keine Beförderungsmöglichkeit mehr. Hinsichtlich der Ruhegenüsse sei dies unrecht, und zwar besonders, weil durch andere Fälle das Bild stark verzerrt würde. Dr. Bauer zitierte den Fall eines Marktbeamten, der mehr als 8.000 Schilling monatlich an Pension erhält, und stellte die Frage, ob es vertretbar sei, daß Ärzte oft weit weniger Pension hätten.

Zu einem zweiten Problemkreis deponierte der ÖVP-Gemeinderat ebenfalls einen Antrag: Es möge der Entwurf eines Personalvertretungsgesetzes ausgearbeitet werden. Dr. Bauer bezog sich bei diesem Punkt auf die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, zu welcher ein Beitritt keine Verpflichtung sein könne. Zwischenrufe von sozialistischer Seite ertete Dr. Bauer, als er sagte, es gehe nicht an, daß hier seitens des Dienstgebers ein gewisser Druck zum Gewerkschaftsbeitritt ausgeübt werde.

Schließlich beschäftigte sich der Redner noch mit dem Zulagenkatalog für Gemeindebedienstete. Er kritisierte die vielfachen Abstufungen der Zulagen für Beerdigungsarbeiten. Dann griff er einen Bericht in der Zeitschrift "Der Straßenbahner" an, in dem falsche Anschuldigungen gegen ÖVP-Gemeinderat Hahn vorgebracht wurden.

Es sei damals darum gegangen, jenen Gemeindebediensteten, die am 24. Dezember nach 20 Uhr Dienst hatten, dafür eine Remuneration auszuzahlen. St. dtrat Sigmund habe im Ausschuß argumentiert, es könne dafür keine Remuneration geben, da die Diensterteilung es zu einem Zufall mache, wer gerade zu diesem Zeitpunkt Dienst habe. "Der Straßenbahner" stellte es aber so dar, als ob diese Ablehnung GR. Hahn zu verdanken wäre.

Noch ein zweites Mal erntete Dr. Bauer heftige Zwischenrufe der Sozialisten, als er eine Zulage für die Bediensteten der Baupolizei als "Belohnung einer Denunziation" bezeichnete. Es gebe, sagte der Redner, im Zulagenkatalog eine Prämie von 21 Schilling, die für die "Meldung von unbefugten Bauführungen" ausgezahlt werde. Ein gewissenhafter Beamter habe solche Wahrnehmungen auch ohne Prämie seiner Dienststelle zu melden.

Bei Gewährung von Remunerationen an höhere Bedienstete sei man nicht so engherzig.

Als eine alte Forderung seiner Fraktion bezeichnet der Redner den Wunsch, mit dem Abschluß von Sonderverträgen aufzuhören. Man schließt mit einzelnen Bediensteten solche Verträge ab, die bereits in jungen Jahren ein bedeutendes Gehalt haben. Oft kommt es vor, daß sie in späteren Jahren um Pragmatisierung ansuchen und ihnen diese auch bewilligt wird. Das sei eine große Ungerechtigkeit jenen gegenüber, die in jungen Jahren mit einem bescheidenen Gehalt die selbe Leistung erbringen mußten.

Für die Kindergärtnerinnen müßte eine Bildungszulage geschaffen werden, weil gerade auf ihrem Gebiet eine ständige Weiterbildung unter Berücksichtigung der neuesten pädagogischen Erkenntnisse notwendig ist.

Abfertigung von weiblichen Bediensteten bis zum 18. Lebensjahr des Kindes: Diese Möglichkeit gibt es nur beim Bund, Die Gemeinde müßte eine analoge Regelung treffen.

Als relativ heißes Eisen bezeichnet der Redner die bargeldlose Gehaltsauszahlung. 41.000 Bedienstete machen von der sicher sehr begrüßenswerten Einrichtung Gebrauch. Viele werden dadurch auch zum Sparen angeregt. Rechnet man aber nur zwei Stunden monat-

lich, die jeder Bedienstete für die Abwicklung seiner Zahlungen oder Abhebungen benötigt, sind das 82.000 Stunden im Monat. Wenn die Stunde mit nur 15 Schilling gerechnet wird, bedeutet das, daß die Gemeinde rund 1,2 Millionen Schilling aufzuwenden hat, um diese Abwicklung dieses bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu ermöglichen. Das ist zweifellos ein nicht unerheblicher Beitrag der Gemeinde.

Zu den Beförderungsrichtlinien: Sie sind beim Bund weitaus günstiger. Eine Anpassung wäre hier dringend notwendig, wie überhaupt eine einheitliche Vorgangsweise innerhalb des gesamten öffentlichen Dienstes notwendig wäre.

Zur Freistellung von Gewerkschaftsfunktionären: Hundert Angehörige der sozialistischen Fraktion sind zur Gänze oder überwiegend für ihre gewerkschaftliche Tätigkeit vom Dienst freigestellt. Von der Volkspartei sind es nur drei. Die große Zahl der Freistellungen könnte sicherlich auf ein geringeres Maß reduziert werden.

Ausschreibung von Dienstposten: Beim Bund werden alle Lehrer- und Direktorenposten ausgeschrieben. In Wien wurde der Personalausschuß - ausgenommen die Sonderverträge - nicht ein einziges Mal mit der Frage der Aufnahme etwa von Juristen beschäftigt. Bei der Aufnahme von gewissen Kategorien der Bediensteten werden, wie man immer wieder feststellen kann, Sozialisten bevorzugt. Einer derartigen Vorgangsweise muß man entschieden entgegentreten. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Schauen Sie sich doch den Gesinnungsterror in ÖVP-Ministerien an".) In der Folge kommt es zu den ersten lebhaften Szenen dieser Budgetdebatte, Zwischenrufen und Gegenrufen, als Dr. Bauer die Dynamisierung der Beamtengehälter als kein Verdienst der SPÖ bezeichnet. Die Dynamisierung beruhte vielmehr auf einem Angebot von Finanzminister Dr. Schmitz (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: "Das ist ja gar nicht war, Sie können das ja gar nicht wissen, Sie waren ja nie dabei! Aber ich war dabei und sage Ihnen, daß dies eine Forderung der Gewerkschaften war!") Wenn die Dynamisierung eine Forderung der Gewerkschaften war, dann war sie ein Erfolg des ÖAAB. (Gelächter bei der SPÖ)

Als Mißbrauch gewerkschaftlicher Einrichtungen erscheint es, wenn die Hauptgruppe I der Gemeindebediensteten eine Sammlung für die Kinderfreunde in die Wege geleitet hat.

Nach einem Dank an die Gemeindebediensteten für ihre Leistungen erklärte der Redner, die ÖVP werde den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I zustimmen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) meldete sich außer der Reihe zu Wort, um, wie er sagte, die Beschimpfung eines Teiles der Beamtenschaft zurückzuweisen. Die Baupolizei hat ebenso die Pflicht, Verstöße gegen das Gesetz anzuzeigen, wie die Polizei oder die Gendarmerie. Wenn die Mitarbeiter der Baupolizei von Gemeinderat Dr. Bauer als Denunzianten bezeichnet wurden, (Zwischenruf Gemeinderat Dr. Bauer, ÖVP: "Das ist unrichtig!") dann muß dies schärfstens zurückgewiesen werden.

GR. Graczoll (SPÖ) ging auf die Vorwürfe ein, daß auf Gemeindebedienstete ein politischer Druck ausgeübt werde. Gesinnungszwang gebe es nämlich vor allem dort, wo die ÖVP die Macht hat (Zwischenruf GR. Hahn, ÖVP: "Bei den Parlamentsbeamten hat die SPÖ sogar die Mehrheit bei den Personalvertretungswahlen errungen!") Dazu GR. Hans Mayr, SPÖ: "Ja, aber von denen, die für die SPÖ stimmten, sind viele beim ÖAAB organisiert - doch sicher nicht freiwillig!") Der ÖAAB hat beispielsweise zu Wahlversammlungen in einem Ministerium durch ein Rundschreiben eingeladen, in dem es hieß: "Ihr Erscheinen ist mit Rücksicht auf Ihr weiteres berufliches Wohlergehen in Ihrem eigenen Interesse gelegen." Wenn das kein Gesinnungszwang ist - ?!

Der Debattenbeitrag von Dr. Bauer entsprach jedenfalls nicht dem Geist der Zusammenarbeit, so wie etwa der gestrige von Gemeinderat Jodlbauer.

Das Referat von Stadtrat Bock aber zeigte, daß die Personalprobleme nicht mehr zu den größten Sorgen der Verwaltung zählen. Dies geht sicher nicht nur auf die Rezession zurück, sondern auch auf die vorausschauende Personalpolitik.

Ein sehr anschauliches Beispiel dafür ist das wohlgelungene Experiment mit den Kanzleilehrlingen, von denen heuer die ersten 136 freigesprochen wurden. Der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ist dafür zu danken, daß sie Gelegenheiten zur beruflichen Weiterbildung bietet. Bei den Wettbewerben in Stenographie und Maschinschreiben schneiden die Gemeindebediensteten, darunter auch Lehrlinge, stets sehr gut ab. Die Gemeinde Wien kann auf ihre Nachwuchskräfte stolz sein. Dies zeigte auch eine Episode am "Tag der offenen Tür", wo ein jugendlicher Mitarbeiter des Rathaus-Gästedienstes durch besondere Initiative und Freundlichkeit auffiel.

Zur Frage der Gehälter muß gesagt werden, daß es in der Privatwirtschaft gewiß höher bezahlte Posten gibt. Aber es gibt auch umgekehrt den Fall, daß die Gemeinde bessere Gehälter bietet, zum Beispiel bei jugendlichen Stenotypisten.

Stenotypistinnen unter 18 Jahren verdienen bei der Gemeinde ohne Zulagen 2.231 Schilling im Monat, nach dem 10. Lebensjahr erhalten sie 2.299 Schilling.

Demgegenüber verdienen Stenotypistinnen bei der Industrie im ersten Jahr um 1.700 Schilling. Jungen Handelsangestellten wird zwischen 2.100 bis 2.140 Schilling geboten.

Über die Vorteile des Gemeindedienstes werde aus demagogischen Gründen nicht gesprochen. Noch ein weiterer Beweis, daß Gemeindebedienstete besser dran sind: Der öffentliche Angestellte zahlt fünf Prozent seines Einkommens als Pensionsbeitrag und kann nach 35 Jahren in Pension gehen, der Angestellte in der Privatindustrie muß acht bis 8,5 Prozent bezahlen und hat erst nach 45 Jahren Pensionsansprüche.

Daß vor allem junge Menschen heute wieder auf Pragmatisierung Wert legen, zeigen die fünf Angelobungsfeiern der vergangenen drei Monate: Von den 979 Angelobten waren 443 (das sind 45 Prozent) unter 25 Jahren, und mehr als 68 Prozent unter 30 Jahren.

Auch war der Zustrom zum Gemeindedienst heuer stärker als in den Jahren zuvor.

Zwischen 1963 und 1966 betrug der jährliche Zustrom zum Magistrat rund 2.300, zu den Städtischen Unternehmungen rund 800 Personen.

Heuer wurden vom Magistrat 3.100, von den Unternehmungen 1.050 Personen eingestellt.

Trotzdem herrscht noch Personalnot, beispielsweise bei den Krankenschwestern, obwohl deren Zahl von 4.291 auf 5.750 gestiegen ist. (Die Zahl der geistlichen Schwestern ist von 1306 auf 607 gesunken.) Gut besucht werden die acht Krankenpflegerinnen- und vier Vorschulen der Gemeinde. Nach dem Schuljahr 1967/68 werden 190 Krankenpflegerinnen ihr Diplom erhalten, nach dem Schuljahr 1968/69 sogar 210. Leider ist es nicht sicher, ob die ausgebildeten Schwestern auch im Dienste der Gemeinde bleiben. Vielleicht würde eine Verpflichtung, wenigstens eine gewisse Zeit in Gemeindediensten bleiben zu müssen - schließlich trägt die Gemeinde alle Kosten der Ausbildung - hier Abhilfe schaffen.

Die Zahl der Kindergärtnerinnen ist von 475 auf 1.240 gestiegen, es werden aber noch immer viel mehr Kindergärtnerinnen gebraucht.

Dann kam GR. Graczoll auf die Jugendbetreuung innerhalb des Gemeindedienstes zu sprechen. Der 1964 ausgearbeitete Jugendbetreuungsplan werde von Stadtrat Bock seit 1965 verwirklicht, wobei nicht nur Lehrlinge, sondern auch Jugendliche von 14 bis 21 Jahren erfaßt werden, denen durchschnittlich sieben Veranstaltungen im Jahr - Diskussionen, Theaterausflüge, Bunte Abende, Donaureisen etc. - geboten werden. 1965/66 wurden bei 94 Veranstaltungen 6.200 Teilnehmer gezählt, 1966/67 waren es bei 127 Veranstaltungen 9.800 Jugendliche.

Abschließend trug der Redner den Wunsch der Straßenbahner des Bahnhofs Rudolfsheim vor, die Garderoberräumlichkeiten zu vergrößern, da für je drei Fahrer nur ein Kleiderkasten und für je drei Schaffnerinnen auch nur ein Kasten zur Verfügung stehe.

Schlußwort

Stadtrat Bock bemerkte im Schlußwort, daß wohl niemals der Tag kommen werde, an welchem auf dem Personalsektor keine Wünsche mehr offen seien. Es kommt aber darauf an, meinte der Redner, in welcher Rangordnung man die Fragen sieht; und da glaube er, daß wir im vergangenen Jahr die wichtigsten Probleme gelöst haben.

Zu den Ausführungen von GR. Karger (KLS) nahm der Stadtrat sehr dezidiert Stellung: Die Forderung, Wien solle seine eigene Personalpolitik betreiben, ohne sich darum zu kümmern, wie es in anderen Gebietskörperschaften stehe, sei leicht ausgesprochen. Aber das wäre aus mehr als einem Grund gefährlich, nicht zuletzt deshalb, weil Wien beim nächsten Finanzausgleich für eine solche Haltung vielleicht seinen Tribut zu zahlen hätte.

Das ändere allerdings nichts daran, daß Wien auf dem Personalsektor innerhalb Österreichs Motor sei und Motor bleiben wolle, wenn es um Verbesserungen gehe. Das erweise sich beispielhaft an der Anrechnung der Zulagen auf die Pension, die von Wien als erstem Bundesland beschlossen worden sei.

Auf dem Sektor des Krankenpflegepersonals seien zwar längst nicht alle Engpässe beseitigt, aber bereits fühlbare Verbesserungen erreicht worden.

Dann befaßte sich Stadtrat Bock mit verschiedenen Forderungen, die Karger zur Besserstellung der Gemeindebediensteten erhoben hatte. Der Stadtrat sagte - in Anspielung auf die Fraktionszugehörigkeit des Debattenredners -, er wäre glücklich, wenn die arbeitenden Menschen in den sogenannten "sozialistischen" Staaten auch nur einen Teil der Besserstellungen hätten, wie sie die Wiener Gemeindebediensteten schon seit langer Zeit genießen.

Zum Diskussionsbeitrag des FPÖ-Gemeinderates: Er kenne durchaus, sagte Bock, die Mängel des derzeit geltenden Gehaltsgesetzes. Sie hätten ihre Ursache vor allem darin, daß in nicht mehr als elf Möglichkeiten nicht weniger als rund 500 Berufe "hineingezwängt" werden müßten. Dennoch gebe es eine Möglichkeit, Dienstnehmer nach ihrer Leistung zu bezahlen, wie dies von bestimmter Seite so oft gefordert werde. Dies Möglichkeit biete sich in dem so heftig kritisierten Zulagenschema.

Vom Sozialschema sagte der Stadtrat, dieses werde wohl noch einige Zeit auf sich werten lassen, obwohl er persönlich sich dazu bekenne und auch die Gewerkschaft in dieser Richtung Initiativen entwickle.

Den Verdacht einer Erhöhung der Pensionsbeiträge, auch auf "kaltem" Wege, wies der Redner von sich, erinnerte aber den freiheitlichen Diskussionsredner daran, daß sich Erhöhungen durch etwas anderes ergeben hätten: nämlich durch die letzten Gehaltserhöhungen, die fast zehn Prozent ausgemacht hätten.

Der Berichterstatter korrigierte auch den Vorwurf von dem "aufgeblähten" Personalstand des Presse- und Informationsdienstes, der angeblich dem Stab einer Tageszeitung entspreche.

Der Stadtrat verlas eine kurze Erklärung des Pressedienstes, in der detailliert ausgeführt wurde, daß die genannte Zahl nicht nur das Redaktionspersonal (Journalisten und Schreibkräfte) sondern auch den Bilderdienst und das Exedit umfasse. Vertreter anderer Städte wundern sich immer wieder, wie mit so geringem Personalstand die vielfältigen Agenden erledigt werden könnten, zu denen nicht nur die Rathaus-Korrespondenz, sondern auch die Zeitschrift "Stadt Wien" und eine Reihe anderer Publikationen und Aktivitäten gehören.

Zur Frage der Zulagenanrechnung in die Pension: Ob die Regierung die Zustimmung erteilt oder nicht, Wien wird alles daran setzen, daß wir einen Beschluß des Wiener Landtages durchführen können. Die nächste Sitzung wird sich mit einem Antrag beschäftigen, der das unter Beweis stellt.

Lehrverträge unserer Kanzleilehrlinge: Leider war es - trotz Intervention von Präsident Lakowitsch - nicht möglich, mit der Kammer eine Einigung über die Anerkennung der Diplome unserer Lehrlinge durch die Privatwirtschaft zu erreichen.

Entwurf einer Unfallversicherung: Mit einem Bundes-Grundsatzgesetz wurde die Frist mit 1969 festgelegt, weil die Kompliziertheit des Gesetzes bekannt ist. Die Stadt Wien kann hier nicht aus sich heraus entscheiden. Das Problem muß mit den anderen Gebietskörperschaften, wie Stadt bund und Ländervertreter, gemeinsam ausgearbeitet werden. Es liege schließlich im Interesse aller, hier eine einheitliche Regelung herbeizuführen. Der Rohentwurf ist fertig und in den nächsten Tagen können Verhandlungen darüber aufgenommen werden.

Für die Beschließung eines Personalvertretungsgesetzes sind noch die nötigen bundesgesetzlichen Regelungen und Voraussetzungen zu schaffen. Dann kann mit den Gewerkschaften darüber verhandelt werden.

Zur Frage der Remunerationen: Nicht nur die Straßenbahner machen am Heiligen Abend Dienst. Es sind insgesamt 4.101 Bedienstete, die eingesetzt sind. Es gibt aber auch noch andere Feiertage wie Ostern usw. und das Problem ist daher nicht so einfach zu lösen. Es sei nicht eine Frage des Geldes, sondern der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit.

Sonderverträge: Bei der Stadt Wien gibt es nur 130 Sondervertragsbedienstete, also gemessen am Personalstand eine kleine Zahl. Bisher war es in manchen Sparten nur durch den Abschluß von Sonderverträgen möglich, Fachkräfte zu bekommen.

Dynamisierung der Gehälter: Liest man diesbezügliche Protokolle nach, dann kann man feststellen, daß diese Dynamisierung nicht ein Verdienst des Finanzministers sei. Es war die Gewerkschaft und nicht zuletzt Vizebürgermeister Slavik, die dem Finanzminister empfohlen haben, die Wertsicherungsklausel anzuerkennen. Dies sei aus Gründen der historischen Wahrheit festgestellt.

Man sollte endlich auch damit aufhören, über die Weihnachts-sammelaktion der Kinderfreunde und den "Zwang" zum Spenden zu sprechen. Erst vor kurzem hat die Caritas unter den Straßenbahnern eine Sammelaktion durchgeführt und niemand hat das gestört. Das eine sei aber ebenso wie das andere eine karitative Sammlung.

Zur Aufnahme in den Gemeindedienst: Es kann heute jeder bei der Stadt Wien aufgenommen werden, wenn ein für ihn entsprechender Dienstposten frei ist, egal welcher politischen Richtung er angehört. Nach einzelnen Ausführungen könne man sich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß Protektionskinder untergebracht werden sollen.

Der Referent dankt GR. Graczoll für seine die Jugendbetreuung betreffenden Dankesworte. Die Früchte der Tätigkeit der Jugendbetreuung zeigen sich bereits.

Abschließend stellt der Referent fest, daß sich er noch manche Probleme auf dem Personalsektor zu lösen sind. Er versichert, daß

man sich um diese noch offenen Fragen weiter bemühen wird.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe I mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die drei in der Debatte gestellten Anträge, betreffend Erhöhung der Witwenversorgung von derzeit 50 auf 60 Prozent, Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes sowie eines Personalvertretungsgesetzes werden zur weiteren Behandlung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Wiener Ski-Saison beginnt

=====

Morgen Liften-Premiere auf der Hohen Wand-Wiese

12. Dezember (RK) Gute Nachricht für alle Wiener Schihaserln und Schikanonen: Die Hohe Wand-Wiese in Mauerbach ist ab morgen erstmals in diesem Winter als Schipiste in Betrieb. Auch der 400 Meter lange Schleplift wird "verkehren". Nach Einbruch der Dunkelheit wird die Flutlichtanlage dafür sorgen, daß die Wiener Schifahrer auch nach Feierabend sich noch ein paar Stunden auf Bretteln entspannen können. Der Schilift wird von 9 bis 22 Uhr durchlaufend in Betrieb sein, die Flutlichtanlage wird bei Einbruch der Dunkelheit ein- und um 22 Uhr ausgeschaltet. Eine Einzelfahrt mit dem Schleplift kostet vier Schilling, ein Zehnerblock 30 Schilling, Kinder zahlen die Hälfte.

Die zwölf "Schneekanonen" sind seit Samstag Tag und Nacht im Einsatz und haben in dieser Zeit eine ausgezeichnete, 25 Zentimeter dicke Schneedecke produziert.

- - -

Schneebericht

=====

12. Dezember (RK) Die Stadtreinigung hatte heute nacht 92 Streufahrzeuge bereits ab 1 Uhr früh auf den planmäßigen Routen eingesetzt. Am Morgen kam es zu keinen Störungen im Frühverkehr. Die Streuarbeiten wurden aber auch tagsüber fortgesetzt, da besonders die Nebengassen und die westlichen Randbezirke stellenweise noch glatte Fahrbahnen aufweisen. Im Einsatz standen 131 Fahrzeuge und 1.038 Arbeitskräfte.

- - -

Ein Rekordtag für die Rettung
=====

12. Dezember (RK) Der Wiener städtische Rettungsdienst, der sonst durchschnittlich 80 bis 100 Ausfahrten in 24 Stunden bewältigen muß, hatte gestern Großkampftag. Allein in der Zeit von 14 bis 20 Uhr wurden 240 Einsätze gefahren, wobei auch der Krankenbeförderungsdienst aushelfen mußte, damit kein Verunglückter auf der Straße liegenblieb. (Die Krankenbeförderungswagen haben seit heuer Funksprechgeräte und können daher auch für den Rettungsdienst eingesetzt werden.)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

12. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Karotten 3 bis 4 S, Kraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Wirtschaftsware 3 bis 4 S, Tafelware 6 bis 8 S, Orangen 4.50 bis 5 S je Kilogramm, Birnen 6 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Die Kulturdebatte
=====

GR. Lauscher (KLS), erster Debattenredner, begrüßt die Ausführungen von Stadträtin Sandner, die heute sehr eindeutig die Gesichtspunkte für die Arbeit dieser Verwaltungsgruppe dargelegt hat. Dieses Sieben-Punkte-Programm stimmt mit den Auffassungen überein, die auch seine Fraktion vertritt. Meinungsverschiedenheiten könnten vielleicht nur in der Verwirklichung dieses Programmes auftreten. Phantasie, Innere Zuneigung und Zustimmung allein werden nicht genügen, um in unserem Land eine derartige Kulturarbeit durchzusetzen und sie zum Allgemeingut unserer Gesellschaft zu machen. Gleich zum ersten Punkt: Gleiche Startmöglichkeit für alle Kinder unseres Volkes auf dem Weg zur höchsten Bildung. Jeder kenne die undemokratischen Verhältnisse an den österreichischen Hochschulen. Während in anderen Ländern Europas die Intelligenz und die Studentenjugend zur Avantgarde des Fortschrittlichen gehören, hat die Intelligenz in unserem Land in der Vergangenheit der letzten Jahrzehnte und auch in der Periode der Zweiten Republik die Rolle eines Bleigewichtes in der Durchsetzung fortschrittlicher Entwicklungstendenzen gespielt. Dadurch ist es möglich, daß es heute an den österreichischen Hochschulen noch keine Lehrkanzel für den wissenschaftlichen Marxismus, den Sozialismus, gibt und ein Lehrer wie Borodajkewicz erst jetzt vom Dienst suspendiert wurde.

Zu Schulfragen: Das Schuljahr 1966/67 stand bekanntlich im Zeichen des Polytechnischen Lehrganges. Wien hat für alle materiellen Voraussetzungen gut vorgesorgt. Schwierigkeiten hatten die Lehrer zu überwinden, da sowohl die Eltern wie auch die Schüler gegen dieses neunte Schuljahr eingestellt waren. Daß es trotzdem zu einem Erfolg wurde, dafür sei den Lehrern zu danken. Anzustreben wäre eine Änderung des Schulpflichtgesetzes in dem Punkt, der besagt, daß auch Schüler, die nicht das Lehrziel der achten Schulstufe erreicht haben, das neunte Schuljahr im Polytechnischen Lehrgang verbringen dürfen. Durch die Beseitigung dieser unsinnigen Bestimmung könnte das neunte Schuljahr aufgewertet werden. Vielleicht wäre es überhaupt besser gewesen, das neunte Schuljahr organisch der Hauptschule anzufügen. Der Lehrplan müßte im Zusammenwirken mit Forschung und Wirtschaft überprüft werden.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß der Baubeginn des Komplexes für die Pädagogische Akademie erst so spät erfolgt ist.

Titelverleihungen an Lehrer sollten nur nach Verdienst und Leistung und nicht nach dem politischen Proporz erfolgen. Lehrer, Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen müßten wegen der nervlichen Belastung in ihrem Beruf bei der Wohnungsvergabe bevorzugt werden. Der Brand im Schulhaus Vorgartenstraße hat die Aufmerksamkeit auf die Sicherheitsvorschriften gelenkt, die vielfach nicht beachtet werden. Auch manche Schulmöbel entsprechen heute nicht mehr.

Da das Wichtigste aber der Geist an den Schulen sei, habe es Empörung ausgelöst, daß die oberösterreichische ÖVP den Landesschulratspräsidenten einer Partei überlassen hat, deren deutsch-nationale Gesinnung bekannt ist und die SPÖ habe diese Verfälschung des Wählerwillens hingenommen.

Zum österreichischen Nationalfeiertag habe der Wiener Stadtschulrat eine zu passive Haltung eingenommen.

Die Bundesmittel für die Volksbildung wurden bekanntlich um vier Millionen gekürzt, die Subventionserhöhung durch Wien könne dieses Minus nicht ausgleichen. Dabei steigen die Aufgaben der Volksbildung in krisenhaften Zeiten. In alten, mehrstöckigen Volksbildungshäusern müßten Aufzüge für ältere Hörer eingebaut werden. Der Volksbildung fehle es auch an audio-visuellen Hilfsmitteln.

Der Redner konnte sich auch der positiven Beurteilung des Theaters an der Wien durch die Referentin nicht anschließen, da dieses Theater trotz eigenen Ensembles zu oft ein Gastspielhaus mit schwachem Niveau sei.

GR. Lauscher forderte ferner eine stärkere Unterstützung des guten österreichischen Films. Statt die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, habe die "Nora" einen antisowjetischen Reisser gedreht, der in KIDA-Kinos gestartet worden sei.

Dramatische Formen hätten die Verhältnisse in Rundfunk und Fernsehen angenommen, wo ein selbtherrliches Machtmonopol aufgebaut werde. Viele Länderstudios stünden nur auf dem Papier. Ein Studio Wien aber gibt es mit allen dazugehörigen Ein-

richtungen bereits und der dafür Verantwortliche ist ein Sozialist. Wieviel aus diesem Studio für Wien gemacht werde, hänge also von der Initiative und der Courage der zuständigen Stellen ab, an denen es allerdings sehr fehle.

Auf dem Sportsektor fehle es noch immer an einer eigenen Landessportschule.

GR. Lauscher bedauerte ferner, daß die Jugendfürsorgefahrtscheine nicht an Sonntagen gelten. Da die kleinen Sportvereine ihre Spiele vielfach an Sonntagen austragen, entstehe dadurch eine zusätzliche Belastung.

Auch einen direkten Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Wassergebühren und der Steigerung der Kosten des Sportbetriebs zeigte GR. Lauscher auf. 1966 habe der ASKÖ 15 für Wasser 1.600 Schilling bezahlt, 1967 3.200 Schilling, und für 1968 werden die Wasserkosten 4.800 Schilling betragen. Beim Sportverein Red Star hätten sich die Wasserkosten von 3.000 auf 9.000 Schilling erhöht.

Abschließend forderte der Redner die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für den Sportbetrieb. Die Stadt Wien solle nicht länger auf die Schaffung eines Bundessportgesetzes warten. Im Wiener Landtag sollte die Initiative ergriffen und ein Wiener Landessportgesetz geschaffen werden.

Den Ansätzen des Kulturbudgets gebe seine Fraktion gerne ihre Zustimmung.

Als zweiter Diskussionsredner gelangte der freiheitliche Gemeinderat Peter (FPÖ) zu Wort. Einleitend machte er das Zugeständnis, auch die Opposition müsse anerkennen, daß der Vorschlag der Geschäftsgruppe III viele erfreuliche Ansätze enthalte. Überhaupt könne man ja, sagte Peter, ein Kulturbudget niemals allein von der kommerziellen Warte aus betrachten. Deshalb sei es so erfreulich, daß auf diesem Gebiet mehr ausgegeben werde.

Als bedauerlich bezeichnete Peter gewisse Kürzungen, wie zum Beispiel bei den Beträgen für die Förderung der Wissenschaft und des Fremdenverkehrs. Danach hielt er dem Auditorium eine kurze Vorlesung über die internationale Bedeutung der Pariser

und der römischen Mode. Der Redner tat dies, weil er eine Verbeugung vor der Modeschule Hetzendorf machen wollte, die sich, wie er erfreut feststellte, einen immer besseren Ruf erwerbe.

Schon die nächsten Sätze des freiheitlichen Redners galten dem Denkmal des verstorbenen Bundespräsidenten Karl Renner. Peter setzte seine schon oftmals geübte Polemik gegen dieses Denkmal fort und stellte fest, dieses Denkmal unterliege seit seiner Errichtung starker Kritik der Bevölkerung. Der Ort sei falsch gewählt worden, und außerdem sei das Künstlerische zwar eine Geschmackssache, aber er bedauere zutiefst, daß von höchster kommunaler Stelle die Äußerung getan worden sei: "Die Wiener werden sich schon daran gewöhnen!"

Peter machte sich in diesem Zusammenhang zu einem leidenschaftlichen Fürsprecher des Bildhauers Gustinus Ambrosi, den er als einen Künstler von einmaliger Größe bezeichnete, welchen man "ruhig neben Robin" stellen könne; auch Ambrosi habe - wie Hrdlicka - eine Renner-Büste geschaffen, aber diese sei nicht für das Denkmal verwendet worden.

Mit eher vorsichtigen Formulierungen gab der Redner schließlich zu verstehen, er hege den Verdacht, daß von seiten der Stadt Wien eine bestimmte Gruppe von Künstlern bevorzugt werde. Alle anderen Künstler, die nicht beteiligt würden, seien wohl verbittert, zwängen sich aber zum Schweigen, weil sie bei offenem Aussprechen dieser Tatbestände fürchten müßten, von der Stadt Wien überhaupt keine Aufträge mehr zu erhalten.

Das Problem des Mäzenatentums: Wir wissen, daß es keine privaten Mäzene mehr gibt und daß daher aus Steuergeldern subventioniert werden muß. Es wurde einmal gesagt, Kunst sei der Ausdruck der jeweils tonangebenden Schichte. Früher waren es Adel und Klerus. Jetzt ist das Volk an ihre Stelle getreten. Man muß dieses Volk daher auch fragen, wenn man sein Geld für künstlerische Dinge ausgibt. Es darf hier nicht das sogenannte "Amtskappel" entscheiden, welche Art von Kunst gefördert wird.

Landessender Wien: Auch seine Fraktion vertritt den Standpunkt, daß der Landessender Wien geschaffen werden muß. Der

Redner hegt jedoch die Befürchtung, daß auch hier - wie bei der Rundfunkreform - etwas anderes herauskommt, als man eigentlich wollte. Der Redner kommt auf die Rundfunkprogramm-Gestaltung zu sprechen und darauf, daß in den Musiksendungen zu 80 Prozent englische Texte zu hören sind. Er bezeichnet es als eine ernste Angelegenheit, denn schließlich wollen wir nicht komplett amerikanisiert werden.

Zu den Museen: Die Eintrittsgebühren erbringen von Jahr zu Jahr geringere Einnahmen. Der Redner ersucht um Mitteilung, bei welchen Museen dieser Einnahmenrückgang verzeichnet wird.

Die Gesamtausgabe für den Körpersport betrage 49,4 Millionen, jedoch davon sind allein 10 Millionen für die Radrennbahn veranschlagt. Es sei bedauerlich, daß immer wieder nur die selben Turn- und Sportorganisationen subventioniert werden. Der Redner verlangt auch die Berücksichtigung anderer Vereine.

Der Redner forderte mehr aktive als passive Anteilnahme am Sport und kritisierte den kommerzialisierten Sportbetrieb, sowie die Rekordsucht im Leistungssport, die gesundheits-schädlich sei. Abschließend äußerte er den Wunsch nach Erhaltung des Windischgrätz-Parks und kündigte an, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe III zustimmen werde.

GR. Gawlik (SPÖ) greift aus der Vielfalt der Aufgaben der behandelten Verwaltungsgruppe das Pädagogische Institut, die Schulverwaltung und die außerschulische Jugenderziehung heraus.

Das 1923 gegründete Pädagogische Institut hatte einen Vorgänger im Wiener Pädagogium, das 1868 bestand, und kann daher im kommenden Jahr das hundertste Bestandsjubiläum feiern. In diesem Institut wird hervorragende Arbeit für die Lehrerweiterbildung geleistet. Der internationale Ruf des Wiener Sonderschulwesens geht nicht zuletzt auf die heilpädagogische Ausbildung in diesem Institut zurück. Die Seminare für Berufsschullehrer sind die einzigen dieser Art in Wien. Das Programm und die Teilnehmerzahlen des Institutes zeigen die Weltaufgeschlossenheit des Lehrerstandes. Besonders erfreulich sind die wirtschaftskundlichen Wochen. An der letzten derartigen

Veranstaltung in Bad Ischl haben 168 Wiener Lehrer teilgenommen und hochaktuelle Probleme diskutiert. Neben der Tätigkeit der Pädagogischen Zentralbücherei sind auch die Ausstellungen und die wissenschaftliche Grundlagenforschung im Pädagogischen Institut zu erwähnen. Aus den Berichten geht ferner hervor, wie viel für die sportliche Lehrerweiterbildung getan wird. Dem Leiter und allen Mitarbeitern des Pädagogischen Institutes gebührt der Dank für ihre hervorragenden Leistungen.

In der Schulverwaltung ist jene Forderung längst erfüllt, die die Sozialdemokraten vor 1918 immer wieder gestellt haben: die kostenlose Beistellung aller Lehrbehelfe für Pflichtschulen. Seinerzeit konnte dies nur über den "Armenrat" erfolgen, was eine Demütigung für das betroffene Kind bedeutete. Heute werden große Mittel für die Lehrbehelfe an Pflichtschulen der Stadt Wien bereitgestellt (Zwischenruf GR. Hahn, ÖVP: "Und wie ist das mit den konfessionellen Schulen?")

Ein Pflichtschüler erhält im Verlauf seiner Schulzeit, den Polytechnischen Lehrgang nicht eingerechnet, beispielsweise nicht weniger als 84 Bücher.

Für die Modernisierung von Pflichtschulen sind 52,1 Millionen Schilling vorgesehen.

Das kommende Jahr bringe gegenüber 1967 ein Steigen der Zahl der Pflichtschüler von 84.856 auf 89.787, die Zahl der Schulklassen ~~müsse daher nun~~ 520 auf 3.055 erhöht werden.

Für den "neubau von Schulen seien im Budget 102 Millionen vorgesehen, die sich nicht nur als echte Ausgabe für die Bildung, sondern auch als Injektionsspritze für die derzeit hilfsbedürftige Wirtschaft erweisen werden.

Als nächster Redner versucht GR. Fröhlich (ÖVP), in seinem Referat die Bedeutung der Kultur für die Industriegesellschaft zu durchleuchten.

Das gegenwärtig immer wieder feststellbare Unbehagen in der Kultur sei nicht zuletzt auf das veränderte Verhältnis Künstler - Kulturkonsument zurückzuführen. Die einstige Verbindung: Auftraggeber - Künstler - Volk, gebe es heute nicht mehr. In unserer Zeit arbeite der Künstler meist ohne Auftrag, gewissermaßen ins

Leere. Die dem künstlerischen Schaffen förderliche Verbindung Auftraggeber - Künstler sei einer Isolation des Künstlers gewichen.

Ins Grundsätzliche ging der Redner bei einer Definition der Kulturpolitik: "Sachförderung ohne Sachbeeinflussung" forderte er, damit nicht die Gefahr provoziert werde, es könne eines Tages aus dem Kulturstaat eine Staatskultur werden. Die Aufgabe bestehe darin, den Nährboden für künstlerisches Schaffen aufzubereiten. Daher sei es so erfreulich, daß die Ansätze dieses Ressorts gegenüber dem Vorjahr um 47 Millionen oder 8,1 Prozent gestiegen seien.

Die kulturelle Rolle Wiens in Europa - an der Nahtstelle zwischen zwei Welten, die sich auch kulturell voneinander unterscheiden - umriß Fröhlich mit einem Zitat des SPÖ-Vorsitzenden Dr. Kreisky, der bei einem Vortrag betont hatte, im Gegensatz zu anderen Lebensbereichen gebe es auf kulturellem Gebiet hinsichtlich der Oststaaten die Möglichkeit zu einer fast unlimitierten Zusammenarbeit.

Diese Erwägungen müsse man anstellen, meinte der Redner, wenn Wien weiter auf dem Weg zu einer kulturellen Metropole in Europa voran schreiten wolle.

Anschließend beschäftigte sich GR. Fröhlich mit den Wiener Festwochen, denen er bescheinigte, sie hätten sich im Reigen ähnlicher Ereignisse einen guten Platz gesichert. Trotzdem gebe er zu bedenken, ob man nicht die Quantität zu Gunsten der beizubehaltenden Qualität ein wenig vernachlässigen könne. Auch hinsichtlich des Eröffnungsaktes solle man sich andere attraktive Möglichkeiten überlegen.

Schließlich befaßte sich der Redner noch mit der Situation des Theaters an der Wien, das auch im nächsten Jahr bei den Festwochen mit der "Lustigen Witwe" vertreten sein wird. Im Jahr darauf werde es nötig sein, etwas anderes aufzuführen, da aber stoße man bereits auf ernste Besetzungsschwierigkeiten. Im übrigen sei das Theater an der Wien das meistbespielte Theater Österreichs und weise mit 80 Prozent eine hervorragende Sitzplatz-Auslastung auf, obwohl es nicht über so viel Geld verfüge wie etwa ein Bundestheater. Der Geldmangel solle allerdings nicht die Tatsache in den Schatten stellen, daß das Theater ganz ausgezeichnete Einzelergebnisse aufweise.

Im Wiener Fremdenverkehr hat sich erfreulicherweise trotz allen Rezessionserscheinungen wiederum ein Steigen um 1,8 Prozent gezeigt. Wien verzeichnet im Gegensatz zur gesamtösterreichischen Entwicklung eine umgekehrte Tendenz, denn in Wien ist der Ausländerfremdenverkehr, der über 80 Prozent der gesamten Nächtigungen bringt, gestiegen, der Inländerfremdenverkehr jedoch gesunken. Die Bettenauslastung ist jedoch um 2,6 Prozent gesunken, während die Bettenkapazität gestiegen ist. Es gilt daher nach wie vor, die Werbung für Wien zu verstärken. Die Gastronomie hat sich in diesem Jahr besonders bemüht, durch mehrere Veranstaltungen zu werben.

Der Redner überreicht dazu der Stadträtin eine Broschüre mit den 100 besten Rezepten, die bei einem gastronomischen Wettbewerb prämiert wurden.

Groß waren auch die Bemühungen zur Intensivierung der Kongreßstätigkeit. Das kommende Jahr wird nach den bisher vorliegenden Anmeldungen ein Jahr der Kongreßrekorde werden.

Der Redner dankt in diesem Zusammenhang der Stadtverwaltung für die großen Leistungen an dem gigantischen Projekt der UN-Stadt. Es ist zu hoffen, daß die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Bund und Gemeinde in den einzelnen Komitees ein Werk hervorbringt, das Wien in seiner Bedeutung entscheidend heben wird. Im Zusammenhang mit den Plönungen um die UN-City darf es nicht verabsäumt werden, die Gebiete über der Donau aufzuschließen, um zu vermeiden, daß die UN-Stadt ein internationales Ghetto wird. Das seinerzeit viel geschmähte Gebiet nördlich der Donau könnte dadurch zu einer Prestige-Wohngegend werden.

Für den Wiener Fremdenverkehr wäre es sehr wertvoll, wenn im Zusammenhang mit dem UN-Zentrum ein Konferenzzentrum für Staatskonferenzen auf weltweiter Basis geschaffen würde. Bei einem Architektenwettbewerb für dieses Zentrum müßten auch internationale Fachleute die Möglichkeit zur Beteiligung haben.

Mit diesem einmaligen Projekt wird ein überaus dynamischer Impuls für eine Stadtbildprägung des neuen Wien geschaffen werden. Im Verein mit der Erhaltung des historischen Stadtbildes, wird das Zukunftsbild unserer Stadt geprägt werden.

Ein auf Jahrzehnte zu fixierendes Funktionsprogramm zur Wahrung unersetzlicher Teile der Kulturlandschaft sei zu erstellen und mit dem Rhythmus der Stadtplanung in Einklang zu bringen.

Abschließend dankt der Redner den Wiener Symphonikern, die auf ihrer letzten großen Weltreise von triumphalem Erfolg begleitet und die besten Sendboten unserer Stadt waren. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) spricht den Wunsch aus, daß der Ruf Wiens als soziale Stadt und als eine Stadt der Bildung und Kultur, noch mehr als bisher in den Vordergrund tritt. Wir müssen daher Kultur und Bildung für einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zugänglich machen. Wir wollen, daß kein Talent verkümmern muß und daß möglichst viele Menschen am kulturellen Leben Anteil nehmen können. Die Menschen sollen erkennen, daß das Leben heute ein lebenslanger Lernvorgang ist. Die Wirtschaftsfragen unserer Stadt stehen in engem Zusammenhang mit der Bildungsoffensive. Erst die bessere Schulbildung, die bessere Berufsausbildung und die fortwährende Erwachsenenbildung ermöglichen jene Arbeitsproduktivität, auf die es so sehr ankommt.

So gesehen ist die Verbesserung des Stipendienwerkes zu begrüßen. Wir begrüßen es auch, daß schon den Mittelschülern der unteren Klassen geholfen werden kann, denn das besten Studienförderungsgesetz hilft nicht, wenn es in Arbeiterfamilien schwierig ist, Kinder bis zum 19. Lebensjahr zu erhalten.

Auch die Erwachsenenbildung wird immer unentbehrlicher. Hier sind die Leistungen der Volksbildung besonders zu erwähnen. Leider finden diese Leistungen zwar in Worten, nie aber in klingender Münze Anerkennung. Die heuer erfolgte Zusammenfassung der Wiener Volksbildung in fünf Regionen wird sich auf die Programmgestaltung günstig auswirken.

In der Volksbildung hat Wien eine bedeutende Tradition, 1905 entstand hier das erste Volksbildungshaus der Welt und vor 100 Jahren wurde der Arbeiterbildungsverein gegründet. Heute muß man darauf achten, daß der Bildungshunger angesichts der Reizüberflutung nicht verschüttet wird.

Sehr wichtig ist die Demokratisierung der Kultur: alle sollen Anteil an der Kunst haben können. Die langfristige Planung im Kulturredirektorat ist hier von großer Bedeutung; schon heuer sind Vorbereitungen für das Beethoven-Jahr 1970 angelaufen. Es bringt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn Ausstellungen und ein großes Beethovenprogramm der Gesellschaft der Musikfreunde.

Die Wiener Festwochen 1968 werden ein reichhaltiges Musikfest bieten, an dem auch die Leningrader Philharmonie und die Israel-Philharmonie mitwirken werden. Über die Erfolge der Symphoniker freuen wir uns, hätten aber den Wunsch, das Orchester in den Sommermonaten öfter in Wien zu hören.

Unter dem Motto "Die Komödianten Europas" werden in Wien sieben Ensembles aus fünf Ländern erwartet. In diesem Zusammenhang muß an die Forderung des Wiener Memorandums erinnert werden, Wien bei der Subventionierung seiner Festspiele nicht schlechter zu behandeln, als etwa Salzburg. Auch das Theater an der Wien verdient dieselbe Förderung, wie sie andere Länderbühnen erhalten.

Am Festwochenprogramm ist auch die Koordinierung mit dem Thema des Europagespräches erfreulich. Im Anschluß an die Festwochen wird in Wien ein Weltkongreß der Theaterwissenschaftler stattfinden.

Festwochen-Ausstellungen werden Max Reinhardt, den Masken des Volkstums und vor allem Picasso gewidmet sein. Es wird die umfassendste Picasso-Ausstellung geben, die Wien je gesehen hat.

Sehr erfreulich ist die Errichtung einer Dependence des Konservatoriums in der Corneliusgasse. Die Japan-Aktion des Konservatoriums und der Schubert-Wettbewerb haben den internationalen Ruf des Institutes weiter gefestigt. Wertvolle Impulse sind auch von dem geplanten Jazz-Seminar und der Zusammenarbeit mit dem Theater an der Wien zu erwarten.

Die Grüne Galerie im Stadtpark soll in Zukunft nicht nur Wiener, sondern allen österreichischen Bildhauern offen stehen. Die Freiluftgalerie ermöglicht jedem eine Konfrontation mit der modernen Kunst.

Kulturförderung der Stadt Wien geschieht stets im Teamwork. Es gibt mehrere Beiräte und Jurien, die aus hervorragenden Fachleuten bestehen.

Nie entscheidet die Beamtenschaft allein, jede Subvention wird mehrfach durch Fachleute, den Gemeinderatsausschuß und das Kontrollamt geprüft, was ein hohes Maß an Objektivität garantiert.

Beim Bund ist dies leider nicht so. Der Kunstförderungsbeirat, der laut Gesetz das Vorschlagsrecht hat, tritt nur sehr selten zusammen und wird dann vor vollendete Tatsachen gestellt.

Bei den Subventionen ist eine krasse Benachteiligung der Arbeitermusikvereine, der Sozialistischen Studenten, der Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten und ähnlicher Organisationen festzustellen. Diese Tatsache untermauert die Rednerin durch mehrere konkrete Beispiele und beklagt, daß Wien nie wisse, ob und wie viel Kulturförderungsmittel es vom Bund erhalten werde. Dennoch ist sich Wien seiner kulturellen Mission bewußt und wird weiterhin eine Kulturpolitik für alle Wienerinnen und Wiener betreiben.

Als nächster Redner ergriff GR. Bittner (ÖVP) das Wort, der sich mit der schwierigen Situation der Wiener Leichtathleten befaßte. Da es in Wien keine Sporthalle entsprechender Größe gebe, müßten beispielsweise die Sprinter nach Graz fahren, um dort zu trainieren.

Auch der Schwimmsport sei nicht ganz glücklich. Grundsätzlich sollten keine Bäder mehr mit Schwimmbecken unter 50 Meter Länge gebaut werden. ~~Diese~~ Erkenntnis sollte vor allem beim Neubau des Dianabades berücksichtigt werden. Auch sei es zweckmäßig, die Sprunganlage vom Schwimmbecken zu trennen. In neuen Floridsdorfer Bad, wo diese Forderung des modernen Bäderbaues noch nicht verwirklicht sei, müßten die Schwimmer immer Angst haben, daß ihnen die Springer auf die Köpfe fallen.

Zu begrüßen sei der geplante Um- und Ausbau des Wiener Stadions, gleichfalls im Hinblick auf die Förderung der Leichtathleten. Auf den Breitensport hinüberwechselnd, bezeichnete GR. Bittner das Vorhandensein von 102 Rasenspielflächen zwar als erfreulich.

Leider sei jedoch ein Teil dieser Plätze in einem nicht gerade guten Zustand. Es würde sich empfehlen, Erhebungen durchzuführen, um Sanierungen in die Wege leiten zu können.

Anschließend behandelte der Redner den Schulbau. Er bemängelte, daß man in Wien immer nur für das nächste Jahr plane. Als geradezu vorbildlich bezeichnete er das Kapitel Schulbau im Bundesbudget, wo wesentlich langfristiger geplant werde.

Von einer ausgesprochenen Schulmisere könne im 21. Bezirk gesprochen werden, weil dort die Errichtung von Schulen hinter dem Bau von Wohnhäusern seit Jahren nachhinke. Es müßte doch möglich sein, eine Koordination zwischen Wohnungsbau und Schulbau herzustellen.

Es wäre zu überlegen, ob man Zweckbauten wie Schulen - so wie in England - nicht für einen kürzeren Benützungszeitraum bauen sollte. Etwa für eine Generation - danach seien die Bauten in ihrer Grundkonzeption meist schon überholt.

Im Hinblick auf die Berufsschulen sollte man in Wien die Errichtung einer vierten Berufsschule - für den kaufmännischen Sektor - ins Auge fassen.

Abschließend beschäftigte sich GR. Bittner mit dem Lehrerproblem. Obwohl sich die Lehrersituation gebessert habe, könne man sagen, daß das "Goldene pädagogische Zeitalter" unwiederbringlich vorbei sei. Um die Lehrer zu halten, sollte man in Wien daran denken, sie beim Wohnungsbau zu berücksichtigen - so wie es viele Gemeinden tun, die ihren Lehrern Dienstwohnungen zur Verfügung stellen.

Als letzter Diskussionsredner trat GR. Rösner (SPÖ) ans Rednerpult. Er betonte seine Freude über die Erhöhung der Beiträge für die direkte Sportförderung und erläuterte das Experiment der heurigen Sommerferien, den "offenen Sportplatz". Ein Sportlehrer sei auf diesem Platz kostenlos zur Verfügung gestanden, und die Jugend habe sich dieser neuen Errungenschaft mit Begeisterung bedient.

Der Redner ging auch noch auf den - in der Presse mehrfach erörterten - Umstand ein, daß im Floridsdorfer Hallenbad keine 50-Meter-Bahn gebaut worden sei. Seinerzeit habe der Schwimmverband in seiner Stellungnahme die Errichtung einer solchen Bahn in Floridsdorf als unnötig bezeichnet, da der Standort des Bades

viel zu weit vom Stadtzentrum entfernt liege, um als ernsthafte Trainingsstätte in Betracht gezogen zu werden.

Zu Zwischenrufen kam es, als der Redner die Vorgabepaxis von Bundes- und Gemeindesportplätzen an Sportorganisationen zur Sprache brachte. In Zukunft werde die Gemeinde alle neuerrichteten Sportplätze selbst verwalten, sagte Rösner.

Schlußwort

Da keine Wortmeldung mehr vorlag, hielt anschließend Stadträtin Gertrude Sandner das Schlußwort. Sie ging dabei auf die von den einzelnen Diskussionsrednern vorgebrachten Argumente ein und schickte voraus, daß sie für die geübte Kritik danke.

Mit Ideen und Phantasie allein lasse sich kein Kulturprogramm verwirklichen, meinte die Stadträtin. Man müsse auch über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, und die seien im gegenständlichen Voranschlag berücksichtigt worden. Kulturleistungen könnten weder durch ausschließliche Wissenschafts- und Kunstförderung noch durch ausschließliche Schulförderung erbracht werden.

Die Leistungen der Stadt Wien seien - nach Meinung der Berichterstatterin - mit denen anderer Städte nicht nur durchaus vergleichbar, sondern auf vielen Gebieten überragend. Im übrigen stimme es nicht, daß die Ansätze auf dem Sektor der Förderung von Wissenschaft und Kunst herabgesetzt worden seien, sondern das Gegenteil sei richtig.

Was die Möbel in den Wiener Schulen betreffe, so sei dazu folgendes zu sagen: Die Möbel würden ständig kontrolliert, weil ja die Wachstumszunahme der Schulkinder dies gebiete. Im übrigen habe sich aus dieser dauernden Kontrolle ein neues System der Typisierung der Schulmöbel ergeben.

Die Steigerung der Sportsubventionierung diene, sagte Stadträtin Sandner, einem ganzen bestimmten Ziel: dem Ziel nämlich, unseren Sportlern noch bessere Trainingsmöglichkeiten zu schaffen.

Auch für das Zustandekommen internationaler Sportveranstaltungen in Wien sei die Gemeinde immer aufgeschlossen und darüber hinaus bereit, auch mit finanziellen Subventionen zu helfen.

Hinsichtlich der Äußerungen des Gemeinderates Peter hielt sich die Rednerin knapp: Alle Jahre wieder, könne man nur sagen. Und ein näheres Eingehen auf die freiheitlichen Kunstbetrachtungen wäre doch eine Art Zeitverschwendung. Im übrigen habe jeder das Recht auf eigene Meinung, dieses Recht müsse man aber selbstverständlich auch den gestaltenden Künstlern zubilligen.

Wiener Festwochen: Die Eröffnung der Festwochen auf dem Rathausplatz ist nicht nur ein traditionelles, sondern auch ein symbolhaftes Ereignis - und das für viele tausend Wiener. Die Festwochen-Veranstalter sind bemüht, durch eine breite Streuung so viele Menschen wie nur möglich an den Veranstaltungen zu interessieren. Die Wiener Festwochen stehen gleichsam unter dem Motto: "Keine Spitze für wenige, sondern Erleben für alle".

Länderstudio: Als Vertreterin der Stadt Wien im Rundfunkaufsichtsrat bin ich mit Nachdruck für die Errichtung eines Länderstudios Wien eingetreten - und zwar nicht ohne Courage.

Theater an der Wien: Hier galt es zunächst in erster Linie, das Theater beim Publikum bekanntzumachen und möglichst viele Leute dafür zu interessieren. Im übrigen wurde mit der Bundestheaterverwaltung bereits ein Übereinkommen getroffen, wonach mit dem Auftreten von Künstlern der Wiener Staatsoper im Theater an der Wien während der Sommermonate gerechnet werden kann.

Fremdenverkehr: Wenn in der Debatte von einer Reduzierung der Ansätze gesprochen wurde, so ist das nicht richtig, denn es sind nur die Rundfahrten, die in einer anderen Rubrik (Informationsdienst) aufscheinen, weggefallen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des dritten Hauptstückes (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Planek, unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, den 13. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) fortgesetzt. Referent ist Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

54 Hochzeitsjubelpaare im Wiener Rathaus

=====

12. Dezember (RK) Insgesamt 54 Wiener Ehepaare, die dieser Tage die Goldene und die Diamantene Hochzeit feierten, wurden heute im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses geehrt. In Anwesenheit von Mitgliedern des Wiener Stadtsenates und der Bezirksvorsteher jener Bezirke, aus denen die Jubelpaare stammen, begrüßte Bürgermeister Bruno Marek die Jubilare, beglückwünschte sie namens der Stadtverwaltung und überreichte ihnen Diplome und Ehrengeschenke.

Von den 54 Paaren begingen fünf die Diamantene und 49 die Goldene Hochzeit, das heißt, daß sie 60 beziehungsweise 50 Jahre gemeinsam Freud und Leid geteilt hatten. Ganz besonders freute es Bürgermeister Marek, bei den "Diamantenen" ein Paar begrüßen zu dürfen, das in direkter Linie mit dem ersten gewählten Bürgermeister Wiens, Ritter von Seiller, verwandt ist: Viktor und Clementine Seiller, "F. kerln" seines ersten Amtsvorgängers.

"Erstmals 1916 hat die Stadt Wien ihre goldenen Hochzeiter gezählt und zu sich gebeten; damals waren es ganze 18 Leute," erinnerte sich Bürgermeister Marek. Im vorigen Jahr waren es bereits hundertmal soviel und heuer dürfte die Zweitausender-Grenze erreicht werden.

Bei der morgigen und übermorgigen Ehrung - der letzten im heurigen Jahr - wird der Bürgermeister noch hundert "Goldene" und acht "Diamantene" beglückwünschen können.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5.342, Ausland: Bulgarien 400, Ungarn 700, DDR 942. Gesamtauftrieb: 7.384. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 16.90 bis 17.80 (18 3 Stück), 1. Qual 16.10 bis 16.80, 2. Qualität 15.50 bis 16, 3. Qualität 14 bis 15.40, Zuchten extrem 12.70 bis 13.20 (13.50 1 Stück). Alt-schneider 10 bis 11.20, Zuchten 12 bis 12.60. Bulgarien 14.80 bis 15.20, Ungarn 15.70 bis 16.50, DDR 15 bis 16.50. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 5 Groschen und beträgt 15.84. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine ermäßigte sich um 20 Groschen und beträgt 14.96, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 5 Groschen und beträgt 15.74, für ungarische Schweine erhöhte er sich um 6 Groschen und beträgt 15.89. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 5 Groschen und beträgt 15.64.

Außermarktbezüge: In der Zeit vom 8. bis 12. Dezember (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.334 Stück.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 12. Dezember
=====

12. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 63 Stück, hievon 7 Fohlen.

Herkunft der Tiere: Oberösterreich 8, Niederösterreich 28, Burgenland 12, Steiermark 15.

Verkauft wurden als Schlachttiere 49 Stück, als Nutztiere 4 Stück, unverkauft blieben 10 Stück.

Preise: Fohlen 11 bis 15, Pferde extrem 10.50, 1. Qualität 9.40 bis 9.80, 2. Qualität 8 bis 9, 3. Qualität 5 bis 7.90. Nutztiere Pferde 6.80 bis 10.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für inländische Schlachtpferde um 32 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 97 Groschen. Er beträgt für Schlachtpferde 8.16 S, Schlachtfohlen 14.20, Schlacht- und Nutzpferde 8.20, Pferde und Fohlen 8.78.

- - -